

Mittelstands Magazin

www.mit-magazin.de

G 1480

10

2015

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Unternehmer Bahlsen
übt harte Kritik

UNTERNEHMEN

Leasing auch bei
KMU beliebter

AUSZEICHNUNG

Mittelstandspreise
in Berlin verliehen

KONSEQUENZ AUS DER GRIECHENLAND-KRISE

Es ist Zeit für eine Staateninsolvenzordnung





SEAT

DIE SEAT FLOTTE.

Fuhrparklösungen nach Maß.



Der SEAT Leon ST
inkl. Business-Paket
Reference

ab **195 €**
pro Monat¹



TECHNOLOGY TO ENJOY



Egal ob Gewerbekunde, Großkunde oder gewerblicher Sonderabnehmer: Bei SEAT gibt es für jeden individuellen Anspruch das richtige Fahrzeug oder auch die ganzheitliche Flottenlösung. Und das bei besonders günstigen Leasingraten und Betriebskosten. Kein Wunder, dass die SEAT Modelle Preise in Serie sammeln. Vor allem, wenn Fuhrparkmanager in der Jury sitzen: So wurden der SEAT Leon ST und der SEAT Alhambra 2015 erneut als „Firmenauto des Jahres“ ausgezeichnet.² Ein klares Zeichen für die Zuverlässigkeit, Flexibilität und Effizienz der SEAT Flottenlösungen. Weitere Informationen erhalten Sie telefonisch unter 06150 1855-500 oder per E-Mail an: firmenkunden@seat.de.

Kraftstoffverbrauch SEAT Leon ST 1.6 TDI, 81 kW (110 PS): innerorts 4,7, außerorts 3,6, kombiniert 4,0 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 103 g/km. Kraftstoffverbrauch der abgebildeten Fahrzeuge der SEAT Flotte: kombiniert 7,1–3,4 l/100 km; CNG: kombiniert 2,9 kg/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 167–79 g/km. Effizienzklassen: E–A+. Kraftstoffverbrauch SEAT Leon ST: kombiniert 6,8–3,4 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 158–89 g/km. Kraftstoffverbrauch SEAT Alhambra: kombiniert 7,3–5,0 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 168–130 g/km.

SEAT.DE/FIRMENKUNDEN

¹Der SEAT Leon ST Reference 1.6 TDI, 81 kW (110 PS), Start&Stop, auf Grundlage der unverbindlichen Preisempfehlung von 19.394,96 € + Sonderausstattung 920,17 €, zzgl. Überführungskosten und MwSt.: 195,00 € monatlich. Finanz-Leasingrate bei 36 Monaten Laufzeit und jährlicher Laufleistung von 20.000 km. 0 € Sonderzahlung. Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Dieses Angebot ist nur für gewerbliche Kunden mit Großkundenvertrag und nur vom 01.07. bis zum 31.12.2015 gültig. Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag bei der SEAT Leasing, Bonität vorausgesetzt. ²Firmenauto des Jahres 2015, Firmenauto 05/2015, SEAT Alhambra in der Kategorie „Maxivans“, SEAT Leon ST in der Kategorie „Bestes Importfahrzeug, Kompaktklasse“. Das abgebildete Fahrzeug enthält Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

Für einen gewinnenden Patriotismus

Was hat uns in den letzten Wochen nicht alles beschäftigt: Griechenland-Krise, Mindestlohn-Bürokratie, Arbeitsstättenverordnung und vieles mehr. Das alles ist jetzt in den Hintergrund gerückt, alles wird von der Flüchtlingsdebatte überstrahlt. Sicherlich



Foto: Jördis Zähning

Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

nicht ohne Grund, denn hier handelt es sich um eine Herausforderung, deren Tragweite sich derzeit nur erahnen lässt. Aktuell wird vor allem darüber diskutiert, was kurzfristig getan werden muss. Da geht

es um die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten, die gerechte Verteilung der Flüchtlinge innerhalb von Europa sowie die Vermeidung von Fehlanreizen. In diesem Zusammenhang muss auch strikt zwischen Asyl und Arbeitsmigration getrennt werden. Wer nur die Perspektive eröffnet, dass ein erfolgloser Asylantrag in einen Arbeitsplatz münden könnte, setzt neue Anreize und überdehnt das Asylrecht.

Zudem müssen wir heute schon darüber reden, wohin sich unser Land entwickeln soll. Wir müssen den Bürgern sagen, von welchen Ideen für Deutschland und Euro-

pa wir uns leiten lassen in einer historischen Phase, die durchaus als Epochenschwelle bezeichnet werden kann. Wir müssen Ziele definieren, nach denen dieses Land durch eine solche Zeit gesteuert werden soll, und den Kurs danach ausrichten. Denn letztlich geht es auch um das Selbstverständnis Deutschlands als einem freiheitlich demokratisch verfassten Gemeinwesen.

Friedrich Merz hatte in der Einwanderungsdebatte des Jahres 2000 mit dem Begriff der Leitkultur eine heftige Diskussion in Deutschland ausgelöst. Gegner äußerten sich verächtlich, dass ein solcher Patriotismus nicht mehr zeitgemäß sei. Doch inzwischen zeigt sich: Ohne eine gemeinsame Basis, ohne ein gemeinsames Bekenntnis, das in einen attraktiven, gewinnenden Patriotismus mündet, werden wir die künftige Integrationsherausforderung nur schwer meistern können. Es gibt in unserem Land Werte und Errungenschaften, die nicht zur Disposition gestellt werden dürfen, darunter das christliche Menschenbild und unsere freiheitliche Ordnung.

Vor uns steht die Aufgabe, eine schnell wachsende ethnische Vielfalt zu einer Gemeinschaft zu formen. Man könnte auch sagen: Deutschland braucht ein einigendes Band. Dieses Band müssen wir jetzt knüpfen. Nicht verzagt, sondern selbstbewusst.

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann

Mein Unternehmen: erfolgreich.

Meine Steuerberaterin: unentbehrlich.

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



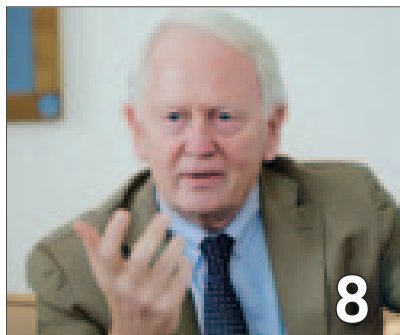
Bei allen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und in der Personalwirtschaft können Sie auf die Unterstützung Ihres Steuerberaters vertrauen. Gemeinsam mit ihm und Software von DATEV werden alle Unternehmensfragen geklärt.

Sprechen Sie mit Ihrem Steuerberater oder informieren Sie sich auf www.datev.de/vertrauen bzw. unter 0800 1001116.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

4 ► INHALT



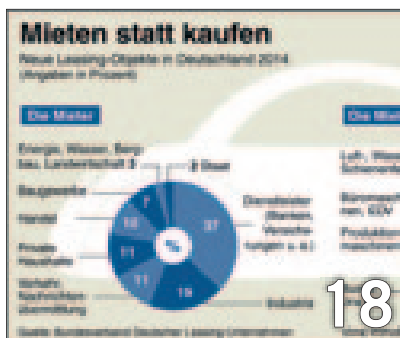
8



12



16



18



22

POLITIK

- 3 EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann schreibt zur aktuellen politischen Lage
- 6 KOLUMNE VON HUGO MÜLLER-VOGG**
- 8 „Die wirtschaftlichen Erfolge sind nicht hausgemacht“**
Der Unternehmer und Politiker Werner M. Bahlsen kritisiert im Interview mit dem MittelstandsMagazin die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition
- 12 Es ist Zeit für eine Staaten-Insolvenzordnung**
Das schlechte Beispiel Griechenland leert: Europa braucht eine Staaten-Insolvenzordnung. Dazu liegen verschiedene Vorschläge aus wissenschaftlichen Kreisen vor.

UNTERNEHMEN

- 16 Sachzuwendungen per Debitkarte**
Eine Startup-Idee erleichtert Firmen pauschale Sachzuwendungen an ihre Mitarbeiter per Prepaidkarte
- 18 Mittelstand setzt mehr auf Leasing**
Mittelständische Unternehmen haben Nachholbedarf in Sachen Leasing im Vergleich zu größeren Firmen. Die Leasing-Branche spürt eine stärkere Nachfrage der KMU
- 20 Steuerberater-Haftung**
Auch Steuerberater können Fehler unterlaufen – wer haftet?

SERVICE

- 21 Unsere Bücherseite**
- 22 Auto-Fahrberichte**
- 24 Steuer-Tipp und aktuelle Urteile**

MIT-/ MU-INSIDE

- 26 MIT- und MU-Inside**
- 33 MIT in den Medien und Termine**
- 34 Auf den Punkt gebracht**
Kolumne von Chefredakteur Günter F. Kohl
- 34 Impressum**



Innovation
that excites



NISSAN PULSAR VISIA

1.5 l dCi, 81 kW (110 PS)

Leasingsonderzahlung: € 0,-

Laufzeit: **36 Monate**

Gesamtleistung: **60.000 km**

Monatliche Leasingrate:

€ 249,-¹ (brutto)

€ 209,-¹ (netto)

DER NISSAN PULSAR. AUCH FÜR GROSSE KLEINUNTERNEHMER.

Mit Abstand am besten: der NISSAN PULSAR mit der größten Beinfreiheit seiner Klasse.²

Mit seinem geräumigen Innenraum, sportlichen Design und einer hochwertigen Verarbeitung bringt der NISSAN PULSAR neue Klasse in die Kompaktklasse. Ob AROUND VIEW MONITOR für 360° Rundumsicht³ oder NissanConnect Navigationssystem⁴, der PULSAR überzeugt auch in puncto Ausstattung mit Großzügigkeit. Sparsam ist einzig der 1,5-l-Dieselmotor, mit dem Sie auch entferntere Ziele ins Auge fassen können. Steigen Sie ein und machen Sie Ihr Unternehmen noch ein wenig effizienter. Mehr Informationen auf nissan.de

Gesamtverbrauch l/100 km: innerorts 4,1, außerorts 3,3, kombiniert 3,6; CO₂-Emissionen: kombiniert 94,0 g/km (Messverfahren gem. EU-Norm); Effizienzklasse A+.

Abb. zeigt Sonderausstattung. ¹Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Leasing bei einer Laufzeit von 36 Monaten bis 60.000 km zzgl. Überführung und Zulassung. Für alle bis zum 31.10.2015 abgeschlossenen Verträge bei Zulassung bis zum 15.11.2015 für das oben ausgewiesene Modell. ²Aussage gültig in Bezug auf die zweite Sitzreihe. ³Erst ab Ausstattungsvariante TEKNA. ⁴Optional ab Ausstattungsvariante ACENTA. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN FLEET SERVICES, einem Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Bei allen teilnehmenden NISSAN Händlern. Das Angebot ist gültig für Kleingewerbe mit einem Fuhrpark bis 5 Einheiten sowie Mitglieder eines Verbandes mit Rahmenabkommen mit der NISSAN CENTER EUROPE GMBH über Abrufschein. NISSAN CENTER EUROPE GMBH, Postfach, 50319 Brühl.



Zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober Viele Politiker hatten vor 1989 die Einheit längst abgeschrieben

Von Hugo Müller-Vogg

„Im Schatten der Brandenburger Arkaden (...) kam es zu erschütternden Szenen. Wildfremde Menschen fielen sich schluchzend in die Arme. Älteren Leuten, die an einen Eintritt dieses Ereignisses zu ihrer Lebzeit nicht mehr geglaubt hatten, rannen die Tränen über die Wangen.“

Das stammt nicht aus einem Zeitungsbericht vom 10. November 1989. Das Zitat ist zehn Jahre älter und stammt von dem japanischen Schriftsteller Masanori Nakamuri. Der beschrieb 1979 in seinem Polit-Reißer „Operation Heimkehr“ eine dramatische Zuspitzung des Ost-West-Konflikts, in deren Verlauf Ost-Berlin und Bonn sich einigen – und vereinigen. Als der Autor damals gefragt wurde, weshalb er ein derart wirklichkeitsfernes „happy end“ erfunden habe, gab er eine verblüffende Antwort: „Ich wollte den Deutschen die Wiedervereinigung wenigstens als Phantasieprodukt schenken, nachdem niemand mehr ernsthaft daran glaubt.“

Das wird heute gerne vergessen: Dass die Mehrheit der Deutschen sich vor 25 Jahren längst darauf eingestellt hatte, für immer in zwei getrennten Staaten zu leben. Dass führende Sozialdemokraten selbst nach dem Mauerfall über eine Wiedervereinigung so urteilten: „reaktionär und hochgradig gefährlich“ (Gerhard Schröder), „historischer Schwachsinn“ (Oskar Lafontaine), „illusionär“ (Hans-Jochen Vogel). Dass die Grünen gar „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter“ plakatierten.

Wie gut, dass wenigstens Willy Brandt die SPD nach dem Mauerfall von ihrer Ablehnung der Einheit abbrachte. Das war eine

umso größere staatsmännische Leistung, als der Ex-Kanzler noch 1988 der Meinung war, „die Hoffnung auf Wiedervereinigung wurde geradezu zur Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.“ Helmut Kohl zollt dem einstigen Rivalen in seinen Memoiren dementsprechend Respekt – als „große Ausnahme unter den Sozialdemokraten.“

Zu den „Lebenslügen“ im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung gehört auch die These, dies alles wäre eine quasi automatische Konsequenz der „neuen Ostpolitik“ gewesen, die die Regierung Brandt/Scheel 1970 eingeleitet hatte. Vielmehr war es Helmut Kohl, der 1989/90 die historische Chance ergriff und die Einheit herbeiführte – weil er die Einheit wollte. Ein Bundeskanzler Oskar Lafontaine, dem die Fortsetzung sozialistischer Experimente in einer selbstständigen DDR sicher lieber gewesen wäre, hätte in jenen Wendemonaten ganz anders gehandelt.



Foto: Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“. Häufiger Gast von Talk-Runden. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg

Selbstverständlich haben die Moskauer Verträge zur Entspannung zwischen Bonn und Moskau beigetragen und zu menschlichen Erleichterungen im geteilten Deutschland. Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass der außenpolitische Vordenker der sozialliberalen Koalition, der kürzlich verstorbene Egon Bahr, die innerdeutsche Grenze lediglich durchlässiger machen, aber keineswegs aufheben wollte. Alfred Grosser, der deutsch-französische Publizist, hat die Strategie Bahrs so beschrieben: „Er war nicht für die Wiedervereinigung. Er war für zwei deutsche Staaten, die vereinigt und nicht in Europa eingebunden sind, sondern irgendwie an ein Europa (...) angebunden sind.“

Noch etwas droht aus dem Blickfeld zu geraten: Der Beitrag von Franz Josef Strauß zur Wiedervereinigung. Hätte der CSU-Vorsitzende 1973 die bayerische Staatsregierung nicht quasi zu einer Klage gegen den Grundlagenvertrag genötigt, hätte das Verfassungsgericht zwei wesentliche Feststellungen nicht getroffen: Dass das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes alle Verfassungsorgane – ungeachtet der Moskauer Verträge – binde, und dass „Gesamtdeutschland“ unverändert existiere. Das wiederum war die Basis dafür, dass DDR-Bürger „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“ blieben.

Auch wenn es kein Ruhmesblatt für uns ist: Große Teile der politischen Klasse, mit ihnen die Mehrheit der Westdeutschen, hatten die Einheit längst abgeschrieben. Oder um es in der Diktion des „Kanzlers der Einheit“ zu sagen: Sie hatten „die Einheit verraten“. Daran jetzt zu erinnern, gebietet die Redlichkeit und nicht zuletzt der Respekt vor der historischen Leistung Kohls und dem maßgeblichen Beitrag von Strauß.

Selbstständig *er.*



Erfolgreich *er.*
Jetzt bis zu **750,-€**
Prämie* sichern.

Steigern Sie Ihr Potenzial. Mit Professional Class. Volkswagen für Selbstständige.

Ihr täglicher Antrieb sind maßgeschneiderte Lösungen, die Sie Ihren Kunden garantieren. Und genau das bieten wir auch Ihnen – mit Professional Class. Profitieren Sie bis 31.10.2015 von noch attraktiveren, modellabhängigen Prämien und kommen Sie in den Genuss zahlreicher Vorteile beim GeschäftsfahrzeugLeasing. Das Plus zu Ihrem Leasingvertrag sind folgende komfortable Mobilitätsmodule:

- **Wartung & Verschleiß-Aktion**
- **KaskoSchutz**
- **HaftpflichtSchutz**
- **ReifenClever-Paket**
- **Europa Tank & Service Karte Bonus**

Professional Class Volkswagen für Selbstständige



Das Auto.

*Maximale Prämie bei Bestellung eines neuen Touran über das Programm „Professional Class – Volkswagen für Selbstständige“ im Zeitraum 01.09. – 31.10.2015, nur bei teilnehmenden Volkswagen Partnern. Wartung & Verschleiß-Aktion, KaskoSchutz, HaftpflichtSchutz (Leistungen gem. Bedingungen der HDI Versicherung AG), ReifenClever-Paket (verfügbar für ausgewählte Modelle), Europa Tank & Service Karte Bonus jeweils nur in Verbindung mit GeschäftsfahrzeugLeasing der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig. Bonität vorausgesetzt. Prämie erhältlich bei nahezu jeder Neuwagenbestellung. Professional Class ist ein Angebot für alle Selbstständigen. Einzelheiten zur jeweils erforderlichen Legitimation erfahren Sie bei Ihrem teilnehmenden Volkswagen Partner. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.



Werner M. Bahlsen, Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU e.V.

„Die wirtschaftlichen Erfolge sind nicht hausgemacht“

Der Unternehmer und Politiker Werner M. Bahlsen kritisiert im Exklusiv-Interview mit dem MittelstandsMagazin die Politik der Koalition

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Sie sind Chef eines großen, weltweit agierenden Familienunternehmens. Und jetzt noch die Politik. Was ist Ihr Motiv für dieses Engagement?

Werner M. Bahlsen: Ich bin davon überzeugt, dass die Prinzipien Freiheit und Verantwortung den

Menschen die besten Grundbedingungen bieten, sich selbst persönlich zu verwirklichen und auch unser Gemeinwesen voranzubringen: Jeder nach seinen Talenten und Fähigkeiten. Ludwig Erhard hat auf dieser Grundlage die Soziale Marktwirtschaft entwickelt. Ich finde, es müsste mehr Menschen geben, die tatsächlich bereit sind, sich heute

für diese Leitmotive einzusetzen und sie wieder in die Mitte unserer Gesellschaft zu tragen. Ich engagiere mich, weil ich nicht nur meckern will, sondern konkret dazu beitragen, dass die Politik die Basis unseres Wohlstands – die Wirtschaft – wieder mehr in den Blick nimmt. Der Wirtschaftsrat ist dafür die richtige Plattform.

Viele Unternehmer sind unzufrieden mit dem Bild der Union innerhalb der Großen Koalition. Es werde mehr verteilt als erwirtschaftet, heißt es.

Bahlsen: Diese Kritik kann ich gut nachvollziehen. Die Halbjahresbilanz der Großen Koalition ist zweifelsohne von sozialpolitischer Handschrift geprägt. Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns, die Senkung des Renteneintrittsalters, die Einführung einer Mütterrente - die teuersten Vorhaben wurden gleich am Anfang der Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Der eigentliche Wahlgewinner, nämlich die CDU, ist nicht als Gewinner aus den Koalitionsverhandlungen hervorgegangen. Das hat dem wirtschaftspolitischen Profil der Union sehr geschadet.

Mit Ihnen werde der Wirtschaftsflügel der Union eine Stärkung erfahren. Sehen Sie das auch so und welchen Weg wollen Sie gehen?

Bahlsen: Bisher hat die Große Koalition ihre breite parlamentarische Gestaltungsmehrheit nicht genug dazu genutzt, große Themen auf den Weg zu bringen. Ganz aktuell sind eine bezahlbare Energiewende, die Sanierung der teilweise maroden Verkehrsinfrastruktur und - sehr dringlich - die Umsetzung der Digitalen Agenda. Sehr wichtig sind mir noch Antworten auf diese beiden Zukunftsfragen: „Wie schaffen wir den demographischen Wandel und sorgen für Generationengerechtigkeit?“ und „Wie reformieren wir unser Bildungssystem?“. Als Wirtschaftsrat werden wir

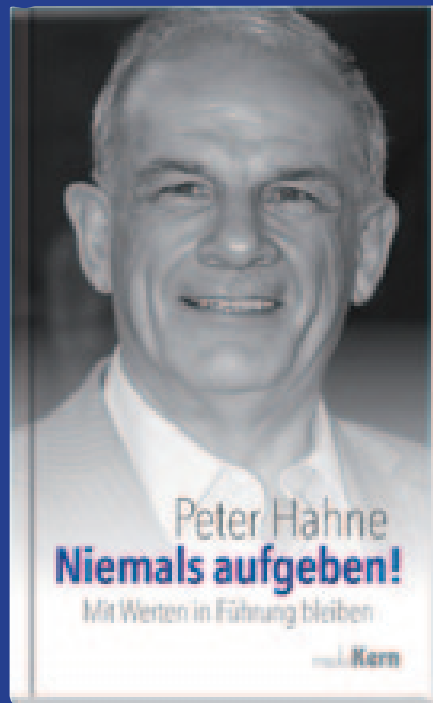


Foto: dpa / picture alliance

Firmenchef Werner Bahlsen im Jahr 2013 mit dem zuvor gestohlenen und wieder aufgetauchten Leibniz-Keks

Der neue Hahne

Die Sommersensation!



Nr. 5.121.005 · 160 Seiten € 9,95

Seit Wochen

**SPIEGEL
Bestseller**

Auch als eBook erhältlich!

Auch angesichts der Flüchtlingsströme: Top-aktuell, **Klartext** über Gott und die Welt, eine **Streitschrift** gegen Resignation und für eine Gesellschaft mit **christlichen Wurzeln**.

So aktuell ist die Bibel: konsequent und kompromisslos, **Kraftquelle** für den praktischen Alltag.

Das heimliche Thema:

Gehört das Christentum noch zu Deutschland?

Kapitel um Kapitel mit heißem **Herzen** geschrieben.

media**Kern**

im Kawohl Verlag

46485 Wesel · Tel 0281 96299-0

www.kawohl.de

diese Themen so lange verfolgen, bis die Politik die notwendigen Antworten darauf gefunden hat. Vergessen Sie nicht, dass bereits im nächsten Jahr durch die Landtagswahlen in mehreren Bundesländern der Dauerwahlkampf bis zur Bundestagswahl beginnt. Uns läuft also die Zeit davon.

Wo sehen Sie den größten Änderungs- oder Nachholbedarf in der Politik der Union?

Bahlsen: Die wirtschaftspolitische Stimmung im Land ist gelöst, fast euphorisch. Dabei wird allzu häufig verkannt, dass Deutschland von den Reformen profitiert, die unter anderem durch die Agenda 2010 angestoßen wurden. Hinzu kommen niedrige Zinsen, ein schwacher Euro und günstiges Öl. Die aktuellen wirtschaftlichen Erfolge sind also nicht hausgemacht. Wir müssen daher wieder verstärkt auf unsere Wettbewerbsfähigkeit achten, weil Arbeits- und auch Produktionskosten im Vergleich zu unseren Wettbewerbern wieder stärker steigen.

Was genau kritisieren Sie?

Bahlsen: Unsere industrielle Basis ist unsere wirtschaftspolitische Stärke. Aus der Industrie kommen 86 Prozent aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sie alleine trägt drei Viertel aller Exporte. Dabei sind hohe Energiekosten nicht nur ein Konjunkturrisiko, sondern ein strukturelles Standortrisiko. Wir können es uns nicht leisten, dass wegen zu hoher Energiekosten oder wegen unkalulierbarer Energiepolitik weiterhin Industrieunternehmen ins Ausland abwandern. Die Energiewende muss endlich Marktmechanismen ausgesetzt werden, um die

Kosten im Griff zu behalten. Die zweite große Dauerbaustelle ist die stockende Digitalisierung unserer Wirtschaft. Jetzt ist eine Inves-



Werner M. Bahlsen

Vorsitzender der Geschäftsführung der Bahlsen GMBH & Co. KG

- geboren in Göttingen
- 1968**
Abitur
- 1968 – 1970**
Konditorlehre in Göttingen
- 1970**
Bankpraktikum in Hamburg
- 1970 – 1975**
Studium Universitäten Zürich und Genf - Abschluss Lic.oec.
- 1973**
Trainee bei Huntley & Palmers, U.K.
- 1975**
Trainee bei Keebler Company in Denver und Chicago
- 1975**
Bahlsen International Holding AG, Schweiz
- 1981**
Präsident und CEO Bahlsen International Holding AG
- 1992**
Mitglied der Geschäftsführung der Bahlsen Gruppe
- 1993**
Sprecher der Geschäftsführung
- seit 7/99**
Vorsitzender der Geschäftsführung Bahlsen GmbH & Co. KG
- seit 2015**
Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU e.V.

tionsoffensive für den raschen Ausbau der digitalen Infrastruktur dringend notwendig, sonst droht Deutschland im internationalen Vergleich auf lange Zeit abgehängt zu werden. Schon jetzt hat die Internetwirtschaft in unseren EU-Nachbarländern einen höheren Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

In der Politik braucht man Verbündete zur Durchsetzung seiner Ziele. Wen sehen Sie als Ihre natürlichen Partner?

Bahlsen: Für jede gesellschaftspolitische Epoche gibt eine dominierende Strömung, gibt es Herausforderungen, die das politische Geschehen beherrschen. Es gilt, sich für jede Phase den passenden Partner zu wählen, ohne die eigene Überzeugung zu verraten. Authentizität ist auch in der Politik ein entscheidendes Kriterium für den Wahlerfolg. Es ist aber festzustellen, dass die FDP nicht nur machtstrategisch, sondern auch als marktwirtschaftliches Korrektiv im Bundestag fehlt. Meine politische Wunschkonstellation ist momentan also keine Option und trotzdem muss gute Politik möglich sein.

Typisch Ford:
100 % Effizienz, 0 % Zinsen¹⁻⁴

Exklusiv für Gewerbetreibende



DER FORD MONDEO DER FORD FOCUS TURNIER

➤ SYNC 2* mit Touchscreen

Top-Verbindung zur Geschäftswelt: Das innovative Kommunikations- und Entertainmentsystem Ford SYNC 2* mit Touchscreen (20,3 cm Bildschirmdiagonale/8 Zoll) hebt die Grenzen zwischen innen und außen auf. Per Display oder Sprachsteuerung – Sie lenken die Technologien, steuern die Kommunikation und erreichen Ihr Ziel. So viel Effizienz muss sein. Mehr Informationen bei ihrem teilnehmenden Ford Partner oder unter ford-firmenkunden.de

Abbildungen zeigen Wunschausstattung inklusive Ford SYNC 2* gegen Mehrpreis.



Eine Idee weiter

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach VO (EG) 715/2007 und VO (EG) 692/2008 in der jeweils geltenden Fassung):

Ford Focus Turnier Business Edition: 4,3 (innerorts), 3,4 (außerorts), 3,8 (kombiniert);

CO₂-Emissionen: 98 g/km (kombiniert).

Ford Mondeo Business Edition: 4,8 (innerorts), 3,8 (außerorts), 4,2 (kombiniert);

CO₂-Emissionen: 109 g/km (kombiniert).

Ford EcoSport Limited Edition: 6,6 (innerorts), 4,7 (außerorts), 5,3 (kombiniert);

CO₂-Emissionen: 125 g/km (kombiniert).

*Setzt ein Ford SYNC 2-kompatibles Mobiltelefon voraus. ¹Ein Finanzierungsangebot der Ford Bank, Niederlassung der FCE Bank plc, Josef-Lammerting-Allee 24-34, 50933 Köln, erhältlich als Klassische Finanzierung, Systemfinanzierung und Ford Auswahl-Finanzierung. Angebot gilt bei verbindlicher Kundenbestellung und Abschluss eines Darlehensvertrages vom 01.09.2015 bis 31.10.2015 und nur für Gewerbetreibende (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenvertrag), bei allen teilnehmenden Ford Partnern. Das Angebot stellt das repräsentative Beispiel nach § 6a Abs. 3 Preisangabenverordnung dar. ²Z. B. für einen Ford Focus Turnier Business Edition, Turnier, 1,5-l-TDCI-Motor mit Start-Stopp-System, 6-Gang-Schaltgetriebe, 88 kW (120 PS), auf Basis einer UPE von € 25.260,- zzgl. Überführungskosten, Ford Auswahl-Finanzierung, Laufzeit 48 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, Anzahlung € 4.060,-, Nettodarlehensbetrag € 21.200,-, Sollzinssatz (gebunden) p. a. 0,00 %, effektiver Jahreszins 0,00 %, Gesamtdarlehensbetrag € 21.200,-, 47 monatliche Raten je € 249,-, Restrate € 9.497,-. ³Z. B. für einen Ford Mondeo Business Edition, 2,0-l-TDCI-Motor mit Start-Stopp-System, 6-Gang-Schaltgetriebe, Frontantrieb, 110 kW (150 PS), auf Basis einer UPE von € 32.300,-, zzgl. Überführungskosten, Ford Auswahl-Finanzierung, Laufzeit 48 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, Anzahlung € 5.200,-, Nettodarlehensbetrag € 27.100,-, Sollzinssatz (gebunden) p. a. 0,00 %, effektiver Jahreszins 0,00 %, Gesamtdarlehensbetrag € 27.100,-, 47 monatliche Raten je € 329,-, Restrate € 11.637,-. ⁴Gilt für alle Ford Pkw außer Ford EcoSport First Edition, Ford EcoSport Limited Edition, Ford Focus Electric und Ford Mustang.



Foto: Fotolia

Die Europäische Zentralbank (unser Foto zeigt die Zentrale in Frankfurt) spielt bei den Überlegungen zu einer Europäischen Staateninsolvenzordnung eine wichtige Rolle

Zeit für eine Insolvenzordnung der EU

Von 19 Euroländern haben 13 eine Schuldenquote von über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in sechs Ländern ist die Staatsverschuldung sogar höher als das jeweilige BIP. In Zukunft könnten also durchaus einige Euroländer Gefahr laufen, ihrer Schulden nicht mehr Herr zu werden. Gibt es für solche Fälle kein geregeltes Verfahren, droht die Insolvenz verschleppt zu werden – mit der Folge weiter steigender Schulden und noch größerer Schäden für die Wirtschaft des Landes?

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) schlägt deshalb ein Staatsinsolvenzverfahren vor, das auf bereits bestehenden Konzepten aufbaut, deren jeweilige Vorzüge kombiniert und mit eigenen Elementen ergänzt werden.

In der Regel sollte das überschuldete Land selbst das Verfahren anstoßen – etwa wenn es aufgrund stark steigender Zinsen neue Kredite nur noch zu extrem erschwerten Bedingungen oder gar nicht mehr aufnehmen kann. Um zu vermeiden, dass ein Staat die Insolvenz verschleppt, sollte aber auch der ESM das Verfahren mit großer Mehrheit der Stimmrechte in Gang setzen können. Voraussetzung wäre außerdem, dass eine Schuldentragfähigkeitsanalyse durch die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und den Internationalen Währungsfonds zu einem negativen Ergebnis käme. In diesem Fall ist bislang nicht klar genug vorgesehen, dass ein Insolvenzverfahren eingeleitet wird – daher muss der ESM-Vertrag entsprechend geändert werden.

Keine Haftung für andere

Wichtig ist zu gewährleisten, dass kein Land für die Schulden eines anderen haften muss. Dieser Grundsatz ist bisher längst nicht mit allen Mitgliedsländern der Euro-Zone konsensfähig. Der IW-Plan sieht vor, dass es mit Beginn des Insolvenzverfahrens ein Moratorium für den Schuldendienst und für Klagen gegen den betroffenen Staat gibt, um für ihn die mit einer Insolvenz einhergehende Krise abzumildern. Damit der zahlungsunfähige Staat seine wesentlichen Funktionen aufrechterhalten kann, wären zudem eng befristete und begrenzte Überbrückungshilfen des Rettungsschirms ESM möglich – freilich unter strengen Reformauflagen.

Überdies soll das betroffene Land mit seinen Gläubigern in einem mehrstufigen

Prozess über eine Umschuldung verhandeln: Sollten erste unabhängige Verhandlungen scheitern, kommt ein neues juristisches Gremium beim Gerichtshof der EU ins Spiel, das verlässliche Regeln für die Verhandlungen vorgibt und Kooperationsanreize setzt. Führt auch das zu keiner Lösung, kann das Gremium eine bindende Entscheidung treffen.

Banken stärker kapitalisieren

Um Verluste aus einem Staatsbankrott zu verkraften, müssen Banken im Euroraum stärker als bisher kapitalisiert sein und sollten nicht zu viele Staatsanleihen halten. Daher dürfen Staatsanleihen der Euroländer bei der Bankenregulierung nicht länger als risikolos gelten, mahnt das IW Köln. Darüber hinaus sollte die EZB, die gegenwärtig ohnehin Staatsanleihen aufkauft, als Finanzaufsicht die Banken dazu anhalten, einen Teil der Anleihen des Staates, in dem sie ihren Geschäftssitz haben, an die EZB zu verkaufen. „Damit ließe sich der derzeit noch viel zu hohe Bestand an Staatsanleihen in den Bankbilanzen zeitnah und wirksam reduzieren“, sagt IW-Ökonom Jürgen Matthes.



CARSTEN LINNEMANN, MdB
MIT-Bundenvorsitzender

„Endlich kommt, nicht nur unter Wirtschaftswissenschaftlern, sondern auch in der Politik, eine Diskussion in Gang, die uns weiterbringt, die künftig so etwas wie in und mit Griechenland verhindert. Gerade für Deutschland ist unter anderem wichtig, dass eine solche Europäische Insolvenzordnung garantiert, dass wir nicht für die Schulden anderer Länder haften müssen.“



Ad-hoc-Verfahren, wie bei Griechenland angewendet, haben Schwächen und sind für die Bedingungen des Euroraums wenig geeignet

Argumente für ein Staatsinsolvenzverfahren

Drohende Insolvenzverschleppung

Ohne ein geordnetes Verfahren zögern insolvente Staaten, sich für zahlungsunfähig zu erklären, weil sie auf Besserung hoffen. Im Zuge einer solchen Insolvenzverschleppung können die Verschuldung und damit auch der Forderungsverlust zum Schaden der Gläubiger unnötig weiter steigen, ebenso wie die Unsicherheit zum Schaden beider Seiten. Eine Insolvenzordnung kann zur rechtzeitigen Auslösung beitragen.

Gefahr von Wirtschaftskrisen

Ein ungeordneter Staatsbankrott hat gravierende negative ökonomische Folgewirkungen für das betreffende Land. Eine Insolvenzordnung kann abfedernd wirken.

Holdout-Problem

Gläubiger haben Anreize, sich einer Umschuldung zu verweigern und vor Gerichten auf vollständige Erfüllung ihrer Forderungen zu klagen (Holdout-Strategie); das behindert eine Lösung und führt bei Erfolg der Klagen zu fragwürdigen Umverteilungseffekten zwischen den Gläubigern. Eine Insolvenzordnung kann Vetopositionen beseitigen und solche Strategien erschweren.

Gefahr von Rechtsunsicherheit

Bei einem ungeordneten Staatsbankrott kann Rechtsunsicherheit darüber verbleiben, ob eine Schuldenrestrukturierung den betreffenden Staat dauerhaft vor erfolgreichen Klagen schützt und ihn so von seinen Schulden entlastet, um einen neuen Anfang zu ermöglichen. Eine Insolvenzordnung kann (mehr) Rechtssicherheit schaffen.

Ad-hoc-Verfahren mit Schwächen

Ad-hoc-Verfahren, wie bei Entwicklungs- und Schwellenländern mit passablen Ergebnissen erprobt (und bei Griechenland ebenfalls angewendet), haben Schwächen und sind für die Bedingungen des Euroraums wenig geeignet.

Fehlanreize für die Fiskalpolitik

Wenn ein staatlicher Zahlungsausfall wegen fehlender Insolvenzordnung und Erwartung eines Bailouts unwahrscheinlich ist, verlangen die Finanzmärkte zu niedrige Risikoprämien, und die Staaten können sich zu günstigen Konditionen und daher tendenziell zu stark verschulden. Eine Insolvenzordnung kann diese Fehlanreize mindern, indem sie die Disziplinierungswirkung der Finanzmärkte erhöht und die No-Bailout-Klausel wieder glaubwürdig macht.

Gefahr einer Transferunion im Euroraum

Ohne einen glaubwürdigen und funktionsfähigen Insolvenzmechanismus droht bei fehlender Kapitalmarktfähigkeit eines Krisenlandes, ein Ausstieg aus einem Hilfsprogramm nicht glaubwürdig zu sein; die Finanzhilfen könnten zu Dauertransfers werden.

Gefahr von Wirtschaftskrisen

Ein geordnetes Staatsinsolvenzverfahren ist auch deshalb nötig, weil ungeordnete Staatsbankrotte in der Regel erhebliche wirtschaftliche Probleme mit sich bringen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Köln



Foto: Clipdealer

wieder das frühere Niveau erreicht hat. Unter den mittleren und großen Betrieben war hingegen eine Zunahme an Ausbildungsbetrieben zu beobachten.

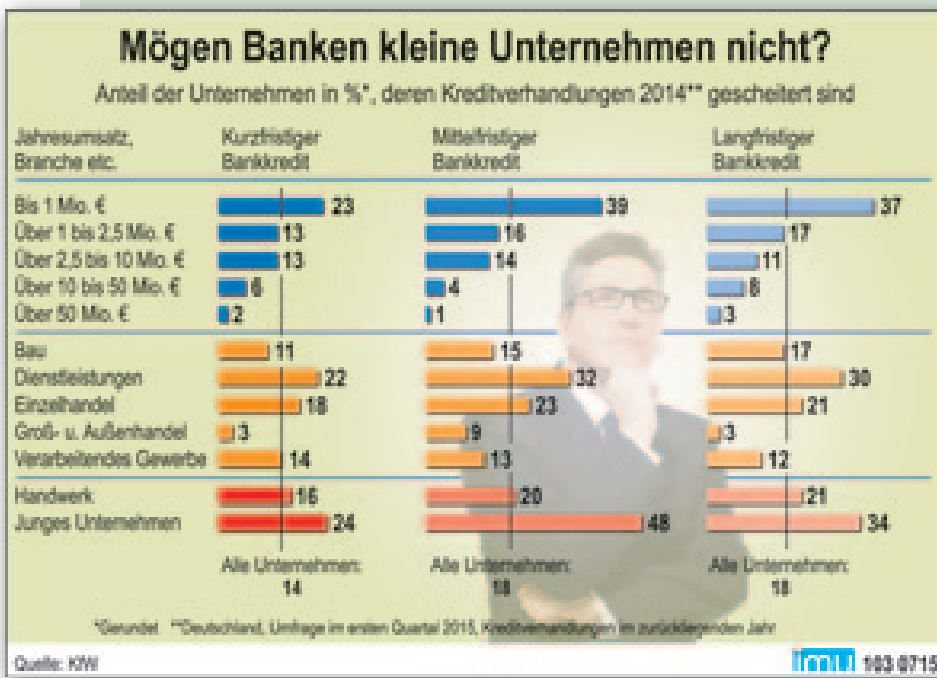
Tatsächlich belegen jedoch mehrere Untersuchungen des Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, dass die Kleinstbetriebe immer mehr Schwierigkeiten haben, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. So blieb allein zwischen 2011 und 2013 jede zweite angebotene Ausbildungsstelle unbesetzt. Zum Vergleich: Bei den Großbetrieben fand sich nur für jeden 5. Ausbildungsplatz kein Bewerber. Das Handwerk meldete Anfang September noch 30.000 freie Lehrstellen.

Jeder zweite Ausbildungsplatz bleibt in Kleinstbetrieben frei

Vor den Sommerferien gab es nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit noch 24.000 Ausbildungsbewerber mehr als freie Stellen gemeldet worden waren. Vordergründig scheint dies für eine sinkende Ausbildungsbereitschaft der mittelständischen Betriebe - insbesondere jedoch der Kleinstbetriebe - zu

sprechen. Gleiches gilt, wenn man sich die statistischen Daten ansieht: Allein zwischen 2007 und 2013 sank die Anzahl der ausbildenden Kleinstbetriebe um 21,8 Prozent, während die Anzahl der ausbildenden Kleinbetriebe (10 bis 49 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte) nach einem zeitweisen Rückgang

„Den Kleinstbetrieben fehlt es in der Tat an geeigneten Bewerbern. So geben sie an, sehr viel häufiger als größere Betriebe Bewerbungen von Jugendlichen zu bekommen, deren Schulausbildung nicht den Anforderungen entspricht“, berichtet Dr. André Pahnke, Wissenschaftler am IfM. Hinzu komme, dass die Kleinstbetriebe häufig in den technisch-gewerblichen Bereichen tätig seien, in denen die Jugendlichen seltener eine Ausbildung anstreben.



Kreditaufnahme weiter erschwert

2014 ist es für Unternehmen in Deutschland per saldo erneut schwieriger geworden, Kredite zu bekommen. Das zeigt die „Unternehmensbefragung 2015“. 11,4 Prozent der Befragten gaben an, die Kreditaufnahme sei leichter geworden – 17,1 Prozent sagten das Gegenteil. 58 Prozent der Unternehmen haben 2014 Investitionskredite bei Banken beantragt. In 14 bis 18 Prozent aller Fälle (laufzeitabhängig) wurden sie abgelehnt. Besonders häufig scheiterten junge und kleine Unternehmen.

Grafik/Text: imu-Infografik
 Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)



IHRE WEBSITE

EINFACH. SCHNELL. SUCHMASCHINENOPTIMIERT.

Starten Sie ganz einfach mit einem der zahlreichen hochwertigen Designs speziell für Ihre Branche. Nehmen Sie Ihren Erfolg jetzt selbst in die Hand – mit 1&1 MyWebsite.

- ✓ Für alle Branchen
- ✓ Domain inklusive
- ✓ Google optimiert
- ✓ 24/7 Experten-Support

**1&1 MY WEBSITE
30 TAGE
KOSTENLOS TESTEN!***



DE: 02602/9691
AT: 0800/100668



1und1.info

*1&1 MyWebsite 30 Tage kostenlos testen. Kündigung im ersten Monat jederzeit möglich. Preisvorteil bei 12 Monaten Vertragsbindung, z.B. das Basic-Paket mit 12 Monaten Mindestvertragslaufzeit nur 9,99 €/Monat zzgl. MwSt. (11,89 €/Monat inkl. MwSt.). Keine Bereitstellungsgebühr. 1&1 Internet SE, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur



Einfacher und flexibler: eine Prepaidkarte für Pauschalzulagen und Sachzuwendungen für Arbeitnehmer

Netto = Brutto?

Geschenke des Arbeitgebers: abgabenfrei und wie Geld nutzbar

Steuerfreie Pauschalzulagen und Sachzuwendungen sind eine gute Möglichkeit, Mitarbeiter zu honorieren, ohne Steuern und Sozialabgaben zu zahlen. Doch die Abwicklung ist oft verwaltungsintensiv. Ein Start-Up aus München hat eine Möglichkeit gefunden, das System für Arbeitgeber einfacher und für Mitarbeiter flexibler zu machen: mit einer Prepaidkarte.

Für viele ist es ein wohlbekanntes Gefühl: Das Grummeln im Bauch auf dem Weg in die Arbeit und zum alljährliche Personalgespräch mit

dem Chef. Manchmal will man mehr Gehalt und weiß doch: So gut geht es der Firma nicht, dass große Sprünge drin sind. Und in der Tat, der Chef eröffnet: „Viel mehr Geld können wir Ihnen diesmal nicht zahlen.“ Doch dann schließt er ein lang gedehntes „Aber“ an.

40 Euro netto kosten 90 Euro

Mehr Netto vom Brutto – diesen Wunsch möchte jeder Arbeitgeber seinen Angestellten gerne erfüllen. Was gerade aus der Arbeitnehmer-sicht oftmals aus dem Blick gerät,

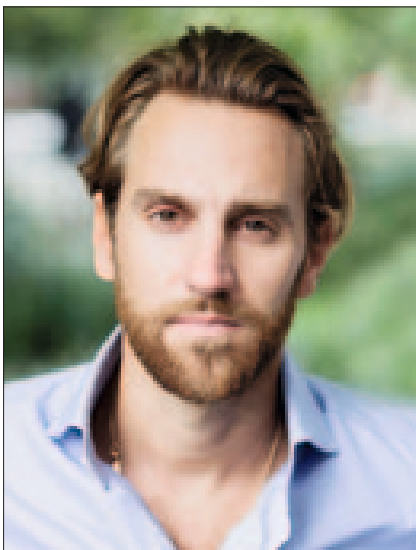
sind die Nebenkosten, die für den Brötchengeber anfallen und nicht selten happig zu Buche schlagen. Erhält der Arbeitnehmer beispielsweise 40 Euro netto mehr, Entstehen dem Unternehmen Kosten in Höhe von 90 Euro – und das bei einer Bruttogehaltserhöhung von 75 Euro.

Der ursprüngliche Verwendungszweck waren z. B. Blumen zum Geburtstag. Darüber hinaus wurden Tank-, Essen- oder Büchergutscheine und dergleichen recht beliebt. Entscheidend ist, dass der „Beschenkte“ den Sachwert, nicht aber das Bargeld in seinen Händen hält. Die Theorie klingt gut. In der Praxis bedeutet dies für den Personaler, zur Tankstelle zu gehen oder Online einen Gutschein zu ordern und diesen dann dem Arbeitnehmer gegen eine entsprechende Empfangsbestätigung zu überreichen. In einem weiteren Schritt ist es an der Buch-

haltung, die Zuwendung entsprechend zu dokumentieren. Ist der Begünstigte einmal im Urlaub, krank oder aus anderen Gründen nicht im Hause, kann dieser Prozess zäh werden. Die Zuwendung muss im Monat des Ereignisses erfolgen. Im Folgemonat darf das nicht nachgeholt werden. Je größer das Unternehmen, desto höher ist auch der damit verbundene Verwaltungsaufwand. Nicht selten nehmen Firmen aus diesem Grund Abstand von diesem Instrument. Und für den Arbeitnehmer ist es auch nicht immer attraktiv: Was nützt der Tankgutschein, wenn man kein Auto hat?

Münchener Start-up schafft die Abhilfe

Genau an diesem Punkt kommt ein junges und innovatives Start-up ins Spiel: Die Münchner Spendit AG bietet Mastercards mit dem Logo der jeweiligen Firma, mit denen die Mitarbeiter überall bezahlen, nicht aber Bargeld abheben können. Letzteres ist unverzichtbar für den Begriff der Sachzuwendungen. So kann beispielsweise auch eine Prämie – ganz egal ob für Pünktlichkeit oder



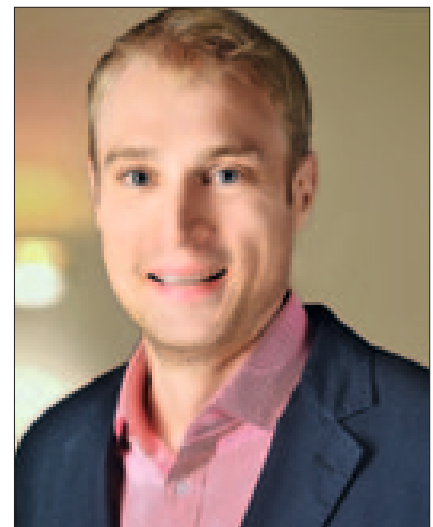
David Baumgartner, Gründer von dean&david Franchise GmbH

Zielerreichung – als pauschal versteuerte Zuwendung in Form eines unbaren Gegenwertes gewährt werden. Lädt ein Arbeitgeber die Mastercard eines Mitarbeiters z.B. mit 44 Euro Monatsachpauschale auf, zahlt er 3 Euro Gebühr an Spendit. Kommen noch 60 Euro als einmalige Sachzuwendung zum Geburtstag oben drauf, zahlt er weitere 5 Euro. Weder der Arbeitnehmer, noch der Arbeitgeber müssen Steuern und Sozialabgaben zahlen. Somit bleibt am Ende das komplette Netto vom Brutto und für die Firma fallen nur die Gebühren an.

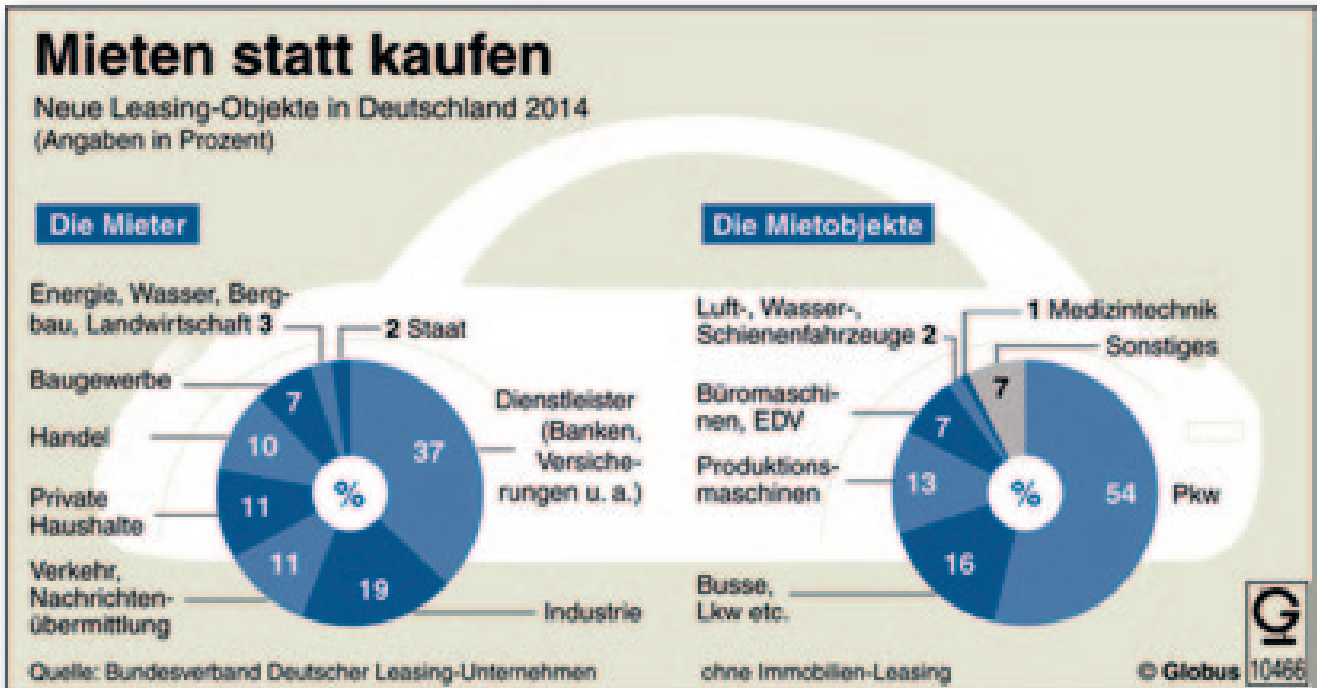
Einer der Spendit-Kunden ist die dean&david Franchise GmbH. Sie hat bei einer Gehaltsrunde bereits gute Erfahrungen gemacht. Ohne Spendit hätte eine Gehaltserhöhungsrunde von 3% für 600 Mitarbeiter rund 120.000 Euro gekostet. Mit Spendit entstanden Kosten in Höhe von rund 55.000 Euro. dean&david konnten somit rund 65.000 Euro sparen. David Baumgartner, Geschäftsführer von dean&david, ist begeistert: „Für uns als Arbeitgeber und unsere Franchise Partner ist das ein sehr praktisches Instrument, um mit minimalem Aufwand, Vorteile für die Mitarbeiter zu gewähren, die wirklich ankommen.“ Zusätzlich profitiert das Unternehmen von dem erleichterten Verwaltungsaufwand: Spendit stellt ein Online Tool zur Verfügung, mit dem die Transaktion per Mausklick angestoßen wird. Der Betrag wird dann zuzüglich der Servicegebühr vom Firmenkonto eingezogen und die Differenz auf der Mitarbeiter-Mastercard gutgeschrieben. Gerald Hoff von Spendit weiß: „Unsere Kunden verwenden auf die Buchung von Sachzuwendungen für ihre Mitarbeiter nur noch wenige Minuten, denn die Buchung läuft komplett digital und automatisiert.“

Immer wieder gibt es Diskussionen, ob die abgabenfreien Sachzuwendungen gestrichen werden sollen. Für Kritiker ist die Regelung eine Umgehung der Steuer- und Sozialabgabepflicht. Doch das Bundesfinanzministerium hält weiter daran fest. Finanzstaatssekretär Jens Spahn sagt dazu gegenüber dem Mittelstandsmagazin: „Wir wollen es den Unternehmen auch weiter ermöglichen, ihren Mitarbeitern anlassbezogen kleine Geschenke zu machen. Das soll weder auf Arbeitnehmer noch auf Arbeitgeberseite zu zusätzlichen Belastungen führen.“

Und so kann das Personalgespräch auch in schwierigen Zeiten gut enden: Die Gehaltserhöhung fällt zwar geringer aus als erhofft. Aber mit den monatlichen Sachzuwendungen auf einer Kreditkarte bleibt unter dem Strich sogar mehr als gedacht. Und der Arbeitgeber freut sich auch: Mitarbeiter glücklich und selbst auch Abgaben und Bürokratie gespart.



Gerald Hoff von der Spendit AG wirbt mit geringem Verwaltungsaufwand bei Sachzuwendungen an Mitarbeiter durch Debitkarten



Der deutsche Mittelstand setzt mehr auf Leasing

Ende 2014 hat das unabhängige Meinungsforschungsinstitut YouGov 530 mittelständische Unternehmen zu ihrem Einsatz von Leasing befragt. Danach gaben die befragten Firmen mehrheitlich an, ihre Leasingfinanzierungen im aktuellen Umfang zu halten (74 Prozent) oder sogar auszubauen (15 Prozent). Leasing kann also auf gute Perspektiven verweisen. Dies beruht offensichtlich auch auf einer sehr hohen Zufriedenheit der Befragten mit ihren Leasingpartnern: Bei der Hälfte der befragten Leasingnutzer waren die Gesamtzufriedenheitswerte „sehr gut“ und „ausgezeichnet“.

Größere Unternehmen nutzen Leasing intensiver

In der Leasingnutzung liegen größere Unternehmen vorne. Jedoch ist zu beobachten, dass diese Finanzierungs-

form grundsätzlich in allen Unternehmensgrößen zum Einsatz kommt – unabhängig vom jeweiligen Umsatz, der Mitarbeiterzahl oder der Branchenzugehörigkeit. „Es liegen prinzipiell keine strukturellen Gründe vor, die für oder wider eine Leasingfinanzierung sprechen“, erklärt Prof. Thomas Hartmann-Wendels, Direktor des Forschungsinstitutes für Leasing an der Universität Köln. Von den befragten mittelständischen Unternehmen gaben etwa 60 Prozent an, aktuell mindestens eine Leasingfinanzierung zu unterhalten. Bezogen auf die Branche ist der größte Anteil der Leasingnutzer im verarbeitenden Gewerbe zu finden. Über 70 Prozent dieser Branche zugehörigen Unternehmen gaben an, aktuell Leasing zu nutzen. Gefolgt wird das verarbeitende Gewerbe vom Gesundheitsbereich, dem produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor.

Leasing als eigenständige Finanzierungsoption

Die Studienergebnisse zeigen, dass die Befragten Leasing größtenteils strategisch nutzen: 84 Prozent der aktuell leasenden Unternehmen setzen es als dauerhaften Bestandteil ihres Finanzierungsmix ein. Damit betrachten sie den Einsatz dieser Finanzierungsform nicht ausschließlich als Ersatz für eine Kreditfinanzierung, sondern entscheiden sich bewusst für Leasing. Eine besondere Rolle spielen hierbei die zusätzlichen Serviceleistungen, wie flexible Laufzeiten, Objekttauschmöglichkeiten und Full-Service-Verträge. Leasing wird somit als eigenständige Finanzierungsalternative gesehen, da eine Finanzierungsleistung zunehmend in den Hintergrund treten.

Den Full-Service-Verträgen bzw. zusätzlich angebotenen Services wird im Mittelstand eine größere Bedeutung zukommen: Ein knappes Viertel der Leasingnutzer will diese Komponenten in Zukunft stärker nachfragen. Gleichzeitig werden künftig vermehrt Konditionen für Leasingfinanzierungen verglichen (26 Prozent). Daraus lässt sich auf eine

aufkommende Wechselbereitschaft in Bezug auf den Leasinganbieter schließen. Besonderen Wert legen die Befragten außerdem auf Beratung, gepaart mit Branchenkenntnis. Von dieser Tendenz erscheinen insbesondere unabhängige Leasinggesellschaften zu profitieren, da diesen diesbezüglich sehr gute Werte bescheinigt werden.

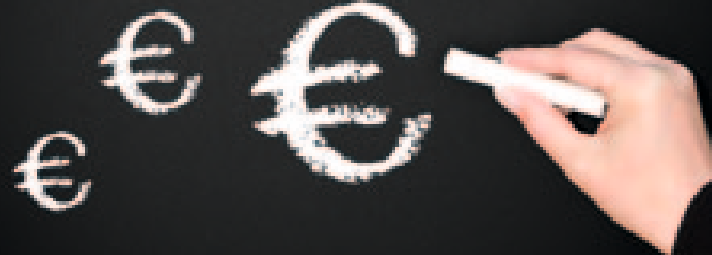
Eigentum ist wichtig – aber nicht alles

Der Eigentumsgedanke ist im deutschen Mittelstand weit verbreitet. Gerade solche Finanzierungsobjekte, die eng mit dem Unternehmenszweck verbunden sind, werden tendenziell noch immer lieber im Eigentum gesehen. Überraschend ist in diesem Zusammenhang, dass – neben den Nicht-Leasing-Nutzern – auch die Leasingnutzer dem Ob-

jekteigentum eine verhältnismäßig hohe Bedeutung beimessen. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass das Objekteigentum zwar ein wünschenswertes Kriterium bei der Anschaffung eines Investitionsguts zu sein scheint, aber Leasing aus diesem Grunde keinesfalls ausgeschlossen wird. „Bei einer Entscheidung für eine Finanzierung überlagern zusätzliche Servicekomponenten und flexible

Foto: Clipdealer

Leasing



Elemente vermutlich vielfach das Kriterium 'Eigentum', deutet dies Prof. Hartmann-Wendels.



wachsen MIT DER IBB

Aus Investition wird Expansion.

IBB für Unternehmen: Die Mittelstandsförderer in Berlin.

Ihr Unternehmen soll weiter wachsen – wir haben das Förderprogramm. Mit einem maßgeschneiderten Finanzierungsangebot unterstützen wir Sie dabei, Ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Ihre Wachstumsziele zu erreichen. Sprechen Sie mit uns!

Telefon: 030 / 2125-4747
E-Mail: wachsen@ibb.de
www.ibb.de/wachsen

 Investitionsbank
Berlin

Leistung für Berlin.



Foto: Tim Reckmann/ pixelio

Auch Berater machen mal Fehler und müssen dann für den Schaden haften

Wer haftet für Falschberatung?

Steuerberater üben eine wichtige Funktion aus, denn kaum ein Gewerbetreibender kann im Steuerrecht heute noch selbst den Überblick behalten. Steuerberater sind in einem Rechtsbereich tätig, der ständigen, massiven Veränderungen unterworfen ist. Auch sie sind nur Menschen, und es bleibt nicht aus, dass Fehler passieren. Ein wichtiger Maßstab für die Haftung eines Steuerberaters ist der Vertragsinhalt, denn zu Bereichen, die nicht Inhalt des Beratungsvertrages waren, muss der Berater sich nicht zwingend äußern.

Private und betriebliche Nutzung von Haus und Auto

Der Inhaber eines Einzelkaufmännischen Unternehmens für Sicherheitstechnik arbeitete von seinem Wohnhaus aus. 40 Prozent des Hauses nutzte er betrieblich, den Rest privat. Auch seinen Pkw nutzte er teilweise geschäftlich und teilweise privat. Bei einer Steuerprüfung kam heraus,

dass der Unternehmer den privaten Anteil der Heizungs- und Stromkosten für sein Haus nicht angegeben hatte. Auch den Privatanteil der Nutzung des Firmenvagens hatte er nicht angegeben. Beziehungsweise sein Steuerberater hatte dies nicht getan, denn dieser hatte die betreffenden Steuererklärungen des Mannes erstellt. Das Finanzamt kam für drei Jahre auf knapp 20.000 Euro zu wenig gezahlte Einkommens- und Umsatzsteuer. Zwar bezahlte der Unternehmer, es folgte aber ein Steuerstrafverfahren mit einer Geldstrafe von 165 Tagessätzen, hier insgesamt rund 7.200 Euro. Dazu kamen über 1.000 Euro Zinsen für die hinterzogenen Steuern. Der Unternehmer verklagte seinen Steuerberater auf Schadenersatz in Höhe der Geldstrafe und der Zinsen.

Der Bundesgerichtshof bestätigte, dass der Steuerberater zwei Drittel des geforderten Betrages und damit rund 5.500 Euro Schadenersatz zahlen müsse. Dem Klienten sei ein Mitverschulden von einem Drittel anzulasten, weil er

die Steuererklärungen ungeprüft unterschrieben habe. Zwar sei eine Geldstrafe immer von dem zu zahlen, gegen den sie verhängt worden sei. Dieser könne aber einen entsprechenden Schadenersatzanspruch gegen einen Berater haben, dessen vertragliche Pflicht es gewesen sei, seinen Mandanten gerade vor einer solchen Strafbarkeit zu schützen. Das Gericht wies allerdings darauf hin, dass es einen solchen Schadenersatzanspruch nicht gibt, wenn der Mandant vorsätzlich Steuern hinterziehen wollte. Davon war hier aber nicht auszugehen.

Bundesgerichtshof, Urteil vom 15. April 2010, Az. IX ZR 189/09

Verspäteter Einspruch gegen Steuerbescheid

Ein Mandant hatte seinen Steuerberater damit beauftragt, seine Steuererklärung zu erstellen und beim Finanzamt einzureichen. Der Steuerberater reichte die Erklärung nicht termingerecht ein. Nachdem längere Zeit ins Land gegangen war, schätzte das Finanzamt das Einkommen des Mandanten und erteilte auf dieser Basis einen Steuerbescheid. Nachdem der Bescheid rechtskräftig geworden war, hätte der Steuerberater einen Monat Zeit gehabt, im Namen seines Mandanten Einspruch dagegen einzulegen. Aber er versäumte auch diese Frist. Der Mandant konnte dadurch größere Erhaltungsmaßnahmen an seinem Haus teilweise nicht mehr steuerlich geltend machen. Er forderte einen Schadenersatz in Höhe von rund 10.000 Euro vom Steuerberater. Das Landgericht Mannheim bestätigte diesen Anspruch. Der Steuerberater sei mit der Erstellung der Einkommenssteuererklärung und der Vertretung seines Mandanten gegenüber dem Finanzamt beauftragt gewesen. Der finanzielle Schaden sei durch die Versäumung der Einspruchsfrist entstanden und müsse ersetzt werden.

Landgericht Mannheim, Urteil vom 02. September 2014, Az. 1 O 113/13



Kapitalismus neu gedacht

Dieter Heinrich
Geb., 240 S., 29,00 Euro
ISBN 978-3-8029-3894-8
Walhalla Fachverlag

Der Autor gibt in diesem Buch Kleinbetrieben, Mittelständlern und Konzernen Handreichungen, durch die Nutzen-Ausrichtung ihrer Geschäftsmodelle neue Ressourcen zu erschließen. Dabei lenkt er den Blick auf den steilen Aufstieg der großen amerikanischen Internetfirmen und ihr „Geheimnis“: Sie verankern den Nutzen als zentrales Wertversprechen verpflichtend in ihr Geschäftsmodell. Auf dieser Basis gelingen ihnen attraktive Produkte und Dienstleistungen.



Time is honey

A. und J. Geißler
Hardcover, 240 S., 17,95 Euro
ISBN 978-3-86581-706-8
Oekom Verlag

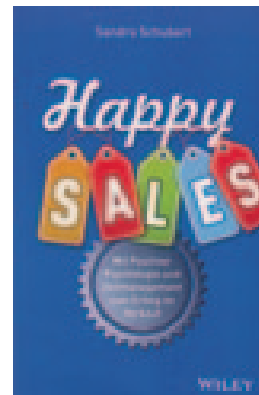
Das Buch möchte uns einen klugen Umgang mit der Zeit lehren: wie können wir lernen, unsere Zeit nicht als Widersacherin, sondern als Freundin zu betrachten? Wie wird man zeitsatt und zeitsouverän? Die beiden Autoren setzen, das deutet schon der Titel an, der hergebrachten „Zeit-ist-Geld-Logik“ eine andere Sichtweise entgegen. Angestrebt sind Zeiten, in denen die Schnellen nicht die Besseren und die Langsamen nicht die Verlierer sind.



Positive Führung

Broschur, 168 S., 29,95 Euro
ISBN 978-3-648-060155
Haufe Verlag

Führung ist gewiss komplex, intensiv und anspruchsvoll. Aber wie bleibt man als Führungskraft gesund und zugleich erfolgreich? Die Autoren verbinden neueste Erkenntnisse der Transaktionsanalyse mit psychologischen Ansätzen der Resilienzforschung (Widerstandsfähigkeit). So entsteht ein innovatives Konzept der positiven, wertschätzenden Führung, mit dem Führungskräfte ihre Organisationen konstruktiv gestalten.



Happy Sales

Sandra Schubert
Geb., 332 S., 19,99 Euro
ISBN 978-3-527-50832-7
Wiley Verlag

Die erfolgreiche Verkaufsexpertin Sandra Schubert verbindet in diesem Buch die relevanten Erkenntnisse der Positiven Psychologie und des modernen Selbst- und Zeitmanagements miteinander und wendet sie auf Verkauf, Vertrieb und Selbstständigkeit an. Die Leser erhalten zahlreiche griffige Tipps, Verkäufer entwickeln eine optimistische Grundhaltung und eine ebensolche Ausstrahlung. Dazu liefert die Autorin wirksame organisatorische Werkzeuge für den aktiven Verkauf.

Geschenke + Bewirtungen

Broschur, 215 S., 34,95 Euro
ISBN 978-3-648-06326-2, Haufe Verlag

Gerade wenn es um Geschenke, Einladungen zum Geschäftsessen oder die Kosten für Betriebsveranstaltungen geht, ist das Steuerrecht komplex. Dieses Buch aus dem Haufe-Verlag zeigt Ihnen, wie Sie Ihre Aufwendungen dafür richtig bewerten und buchen. Hilfreich sind zahlreiche Beispiele, wie steuerliche Spielräume genutzt aber Fallstricke vermieden werden können.

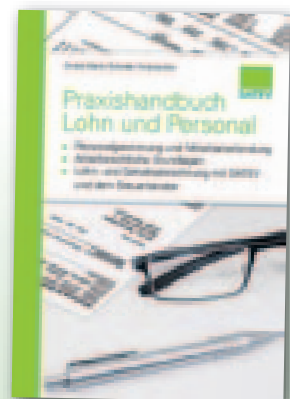
Praxishandbuch Lohn und Personal

Geb., 418 S., 29,99 Euro
ISBN 978-3-944505-24-4, Verlag DATEV eG

In Deutschland gibt es mehr als 3,5 Mio. Unternehmen und im Jahr 2012 allein 346.400 Existenzgründungen. Das Thema Personalwirtschaft ist in annähernd jedem dieser Unternehmen relevant und Fragen hierzu stellen sich spätestens dann, wenn man sich Gedanken machen muss, ob (weiteres) Personal benötigt wird. Gerade Existenzgründer und selbstständige Unternehmer stehen - beispielsweise wegen zahlreicher gesetzlicher Anforderungen - vor einer großen Herausforderung, wenn sie erstmalig Mitarbeiter einstellen. Dazu bietet das Fachbuch wertvolle Hinweise.

Verlosung

Der Herausgeber DATEV eG hat uns fünf dieser Praxisbücher zur Verfügung gestellt, die wir gerne kostenlos und portofrei an unsere Leser weitergeben. Wer sich für eines der Bücher interessiert, schreibe eine E-Mail an info@mitmagazin.com mit dem Stichwort „Praxishandbuch Lohn und Personal“. Den ersten fünf Einsendern geht dann ein Exemplar zu.



Porsche Panamera Diesel Schnell und trotzdem sparsam



Der Panamera Diesel fährt mit dem gleichen Audi-Motor wie der Cayenne, erweist sich aber dank des geringeren Fahrzeuggewichts als verbrauchsärmer

Porsche und Dieselmotor – ein wenig gewöhnungsbedürftig ist es schon, aber alles andere, was einen Porsche ausmacht, wird der eingefleischte Liebhaber dieser Sportwagen wiederfinden: Zündung links, Drehzahlmesser in der Mitte, Sound und Beschleunigung – alles wie immer. Mit einem komplett neuen 300 PS-Motor und einem Fahrdynamik-Paket steigerte Porsche die Attraktivität des erfolgreichen Panamera Diesel. Das Triebwerk ist erneut ein V-Motor mit sechs Zylindern und drei Litern Hubraum. Durch das Leistungsplus von 50 PS gegenüber dem bisherigen Panamera verkürzt sich die Beschleunigungszeit von null auf 100 km/h auf 6,0 Sekunden, und die Höchstgeschwindigkeit steigt von 244 km/h auf 259 km/h.

„Sparsamer Luxusportler“ schreibt der „SPIEGEL“ und lobt zu Recht die Verbrauchswerte dieses Turboladers. Das Werk gibt für die kombinierte Nutzung einen Verbrauchswert von 6,4 Litern pro 100 Kilometer an, wir kamen auf 7,3, was ja auch noch sehr ansehnlich ist.

Mit dem serienmäßigen 80-Liter-Tank kommt man so ohne nachzufüllen von Flensburg nach Wien.

Flotter Vier-Türer

Deutlich spürt man die leicht härteren Stabilisatoren an Vorder- und Hinterachse, die die sportliche Note verstärken. Und wer einen jener Autobahnabschnitte findet, auf dem die Geschwindigkeit noch nicht begrenzt ist, kann den Vier-

Türer auf die Spitze treiben. Die ist mit 259 km/h angegeben, für Porsche ein eher bescheidener Wert. Wer schneller unterwegs sein möchte, entscheidet sich für den Panamera Turbo S. Sein 8-Liter-Benziner mit 570 PS bringt es auf 310 km/h, aber auch auf niedrige zweistellige Verbrauchswerte und kostet mehr als das Doppelte der Einfachversion.

Um die hohe Leistung (er-)fahrbar zu machen, verbaut Porsche zahlreiche Fahrassistenten und feine technische Details, wie man sie in der Oberklasse erwarten darf. Selbstverständlich gibt es auch einen Panamera für die Vorstandsetage mit einem um 15 Zentimeter längeren Radstand, vier Einzelsitzen und mehr Platz für die Fondpassagiere. Die Langversion Executive kostet dafür auch knapp unter 200.000 Euro, achtmal so viel wie ein durchschnittlicher Neuwagen in Deutschland kostet.

Nachzutragen bliebe noch der Einstiegspreis des Panamera Diesel von 85.300 Euro und ein kleiner Tadel aus der Feder eines Fahrers, der auf wortlastige Hörfunksender abonniert ist. Das Radio der Bose-Anlage bot keinen störungsfreien Hörerlebnis und verlor bei Fahrten im Mittelstreckenbereich ständig die regionalen Frequenzen.

Günter F. Kohl



Kia Optima Koreaner im Europa-Look

Foto: Kia



Der neue Kia Optima in seiner europäisch gestylten Optik macht richtig was her

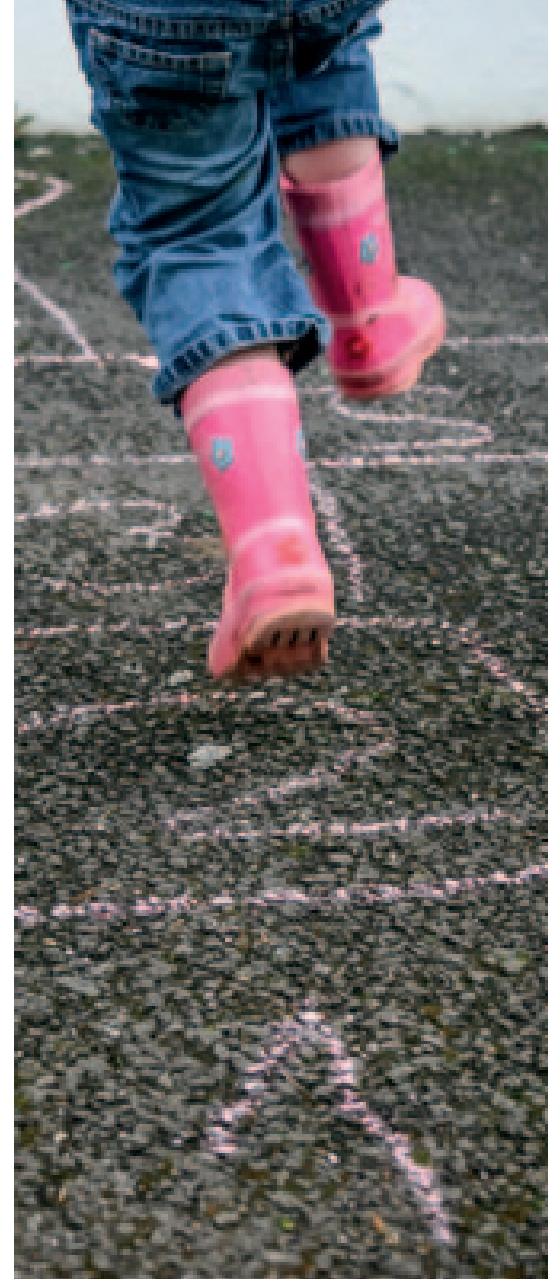
„Europäische Qualitätsansprüche treffen auf amerikanische Komfortwünsche – in einer koreanischen Limousine. So beeindruckend ist der neue Kia Optima“, schreiben die Kollegen der Bild-Zeitung. Zu verdanken haben die Koreaner dieses Superlob ihrem deutschen Chefdesigner Peter Schreyer, der früher für VW tätig war. In der Tat: der Kia Optima hat mit seinem dynamischen Auftreten und seinem herausragenden, preisgekrönten Design die Position der Marke Kia im europäischen Segment deutlich verändert. Er präsentiert sich nun mit einem modifizierten Front- und Heckdesign, einem veredelten Interieur, neuen Sitzen, höherem Fahrkomfort, neuen Fahrassistenzsystemen und einer Verarbeitung auf Premium-Niveau. Ab diesem Modelljahr verfügt er zudem über ein neues Kartennavigationssystem mit großem 8-Zoll-Bildschirm und digitalem Radioempfang. Durch das optionale Panoramadach fällt viel Licht in den optisch ansprechenden und großzügigen Innenraum. Das Dach macht

Spaß, auch wenn die verschiedenen Schaltpunkte anfangs nur mit etwas Mühe zu treffen sind.

Hinzu kommt ein passables Preis-Leistungs-Verhältnis, das allerdings ein Sieben-Jahre-Qualitätsversprechen mit je sieben Jahre Herstellergarantie, Mobilitätsgarantie und Navigationskarten-Update umfasst. Der Optima ist ab 34.000,- Euro erhältlich.

In Deutschland gibt es den Optima in drei Ausführungen und zwei Motoren: einem 2-Liter-Benziner mit 121 kW (165 PS) und einem 1,7-Liter-Diesel mit 100 kW (136 PS, CO₂-Emission ab 128 g/km). Die Modelle für den europäischen Markt werden zwar im koreanischen Kia-Werk produziert, wurden aber in den Kia-Designzentren in Frankfurt und Irvine (Kalifornien) entworfen. Der Kia Optima ist ein ernst zunehmender Wettbewerber für den Ford Mondeo, den VW Passat und den Opel Insignia.

Günter F. Kohl



Eins, zwei, drei. Dabei!

Bitte unterstützen Sie unsere Hilfen für kranke, behinderte und vernachlässigte Kinder. Vielen Dank.

Spendenkonto (IBAN):
DE 48 4805 0161 0000 0040 77,
BIC: SPBIDE3BXXX,
Stichwort »Kinder«
Online spenden unter
www.spenden-bethel.de



Foto: Pitopia

Steuer-Tipps Kettenschenkung

Die Kettenschenkung ist eine Möglichkeit, Vermögen ohne Belastung durch das ErbStG zu übertragen. Unbeschränkt erbschaftsteuerpflichtigen Personen der Steuerklasse 1 haben je nach Familienzugehörigkeit Freibeträge zwischen 100.000 Euro und 500.000 Euro und das jeweils erneut nach Ablauf von zehn Jahren (Multiplikatoreffekt).

Will ein Vater seinen Kindern Vermögen zuwenden, kann er ihnen alle zehn Jahre jeweils 400.000 Euro schenken. Wendet er seiner Ehefrau weitere 400.000 Euro alle zehn Jahre zu, entsteht auch keine Belastung durch das ErbStG. Überträgt diese ohne rechtliche Bindung ihrerseits alle zehn Jahre jedem Kind jeweils die Hälfte der 400.000 Euro, bleiben alle zehn Jahre insgesamt 600.000 Euro steuerfrei. Es muss sich nicht um Bargeld handeln. Es können auch andere Vermögenswerte z. B. Grundstücke, Wertpapiere oder Edelmetalle sein.

Ohne Kettenschenkung wären alle zehn Jahre je 200.000 Euro, insgesamt also für beide Kinder bei einem Tarif von 11 % 44.000 Euro an Schenkungsteuer angefallen.

StB W. Pfeifer, Berlin
www.steuerberaterpfeifer.de



Foto: sharktooth/ pixelio

Werbung mit regionalen Telefonnummern

Werbung mit einer Telefonnummer aus einer Region, in der der Betrieb nicht ansässig ist, verstößt gegen das Wettbewerbsrecht

Das Landgericht (LG) Gießen hat mit Urteil vom 14. Juli 2015 (Az.: 6 O 54/14; noch nicht rechtskräftig) entschieden, dass die Werbung mit regionalen Telefonnummern gegen Wettbewerbsrecht verstoßen kann. Als ebenfalls unzulässig hat das Gericht die Werbung mit der Zugehörigkeit zu der Handwerkskammer angesehen. Das Gericht gab somit der klagenden Wettbewerbszentrale Recht.

Die Wettbewerbszentrale beanstandete mit ihrer Klage die Werbung eines Handwerksbetriebs. Konkret hatte dieser - im Rahmen einer Werbung in den „Gelben Seiten“ - Telefonnummern angegeben, welche einen konkreten Bezug zu dem Verbreitungsgebiet dieser Seiten hatten. Das Unternehmen selbst hatte jedoch seinen Sitz außerhalb des Verbreitungsgebiets. Erfolgte ein Anruf der Kunden über die in den „Gelben Seiten“ angegebenen Nummern, wurden die Anrufe an den tatsächlichen Betriebsitz der werbenden Firma weitergeleitet.

Des Weiteren warb der Betrieb mit der Mitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer sowie mit der Zugehörigkeit zu der Handwerkskammer, wobei eine Mitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer tatsächlich nicht bestand.

Das LG sah in dieser Werbung einen Wettbewerbsverstoß und gab somit der Wettbewerbszentrale Recht. Durch die Angabe der regionalen Telefonnummern werde der Eindruck erweckt, dass es sich auch um einen regional ansässigen Betrieb handle. Eine Irreführung bejahte das Gericht auch für die Angaben bezüglich der Mitgliedschaft in der IHK.

Hinsichtlich der Werbung mit der Mitgliedschaft in der Handwerkskammer ging das Gericht davon aus, dass es sich hierbei um eine wettbewerbswidrige Werbung mit Selbstverständlichkeiten handle.

Fazit:

Die Entscheidung des LG Gießen ist folgerichtig. Mit der Angabe der regionalen Telefonnummern verbinden die möglichen Kunden bestimmte Vorstellungen wie eine schnelle Erreichbarkeit, welche in dem vorliegenden Fall tatsächlich nicht in der erwarteten Art und Weise gegeben war. Es bleibt abzuwarten, ob der beklagte Betrieb gegen die Entscheidung weiter vorgehen wird.

Rechtsanwalt Manfred Wagner, Saarbrücken, Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.

Leser fragen – wir antworten

Rechtliche Themen beherrschen unseren Alltag und prägen verstärkt das Miteinander im Berufs- wie im Privatleben. Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden – eine E-Mail genügt. Wir werden ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten, Position beziehen, über rechtliche Kuriositäten berichten oder aktuelle rechtliche Themen vorstellen.

Aber Achtung: Wir leisten keine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwältinnen und Fachanwälten vor Ort.

In unserem letzten Magazin haben wir die Entwicklung im Unterhaltsrecht und die neue Düsseldorfer Tabelle dargestellt. Da schließt sich gleich die Frage unseres Lesers Gregor W. an. Sein Sohn studiert in der Nähe des elterlichen Wohnortes. Er will jetzt plötzlich in eine eigene Wohnung ziehen und verlangt Unterhalt. Unser Leser möchte wissen, ob er seinem Sohn Unterhalt zahlen muss, oder ob er ihm weiterhin das Wohnen in der elterlichen Wohnung bei Vollverpflegung, also „Hotel Mama, all inclusive“, anbieten kann.

Die Frage, ob das Anbieten des so genannten Naturalunterhalts als Alternative zum Barunterhalt die Eltern von ihrer Zahlungsverpflichtung befreit, beschäftigt immer wieder die Familiengerichte. Überwiegend wird die Auffassung vertreten, dass es einem volljährigen Kind zumutbar ist, bei den Eltern wohnen zu bleiben.



Foto: Petra Bork/ pixelio

Das sieht auch das Oberlandesgericht Karlsruhe so (Beschluss vom 23.01.2015 · Az. 2 UF 276/14). In dem dortigen Fall absolviert die volljährige Tochter eine Ausbildung als Erzieherin. Der Ausbildungsort befindet sich in der Nähe der Wohnung der Eltern. Die Tochter erhält das Kindergeld aber keine sonstige Vergütung überwiesen. Zunächst lebt sie bei den Eltern, zieht dann aber zu ihrem Freund. Vor dem Auszug der Antragstellerin kam es zu Auseinandersetzungen zwischen ihr und ihrer Mutter vor allem über die Verteilung der Pflichten im Haushalt.

Die Eltern bieten ihrer Tochter zur Deckung des Lebensbedarfs neben Unterkunft und Verpflegung in der elterlichen Wohnung die Überlassung des Kindergeldes sowie die Übernahme der Kosten für ein Ticket zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und für das Mobiltelefon an. Die Tochter möchte lieber monatlich 670 Euro in bar.

Das OLG gibt den Eltern Recht. Diese haben wirksam erklärt, dass die Tochter Unterhalt in Form von Na-

turalleistungen erhalten soll. Sie haben dabei die Belange des Kindes ausreichend berücksichtigt. Im Vordergrund stehen die finanziellen Interessen der Eltern, denn sie sollen vor einer wirtschaftlichen Überforderung durch lange Ausbildungszeiten und hohe Ausbildungskosten geschützt werden. Schwerwiegende Gründe, die gegen ein Zusammenleben mit den Eltern sprechen, liegen nicht vor. Die vorausgegangenen Streitigkeiten zwischen Mutter und Tochter reichen nicht. Auseinandersetzungen über Mithilfe und gegenseitige Rücksichtnahme im elterlichen Haushalt stellen typische Konflikte im Rahmen des familiären Zusammenlebens dar, so das OLG.

Schreiben Sie uns:
rechtsfragen@mitmagazin.com



Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt und Notar,
stellt sich den Fragen
unserer Leser



MU Schwaben in Deggendorf mit Markus Ferber, MdEP



Willkommen in Niederbayern mit Christine Moser (r)



Vorgespräch des MU-Landesvorstands mit Forschungsstaatssekretär Bernd Sibler, MdL und dem Präsidenten der TH Deggendorf, Prof. Dr. Peter Sperber



Überzeugend nicht nur mit lauten Tönen – EVP-Fraktionschef Manfred Weber



Thomas Brändlein leitet die_Antragsberatung



Podiumsdiskussion „Leistung muss sich lohnen – was jetzt zu tun ist“



Niederbayerns MU-Chef Peter Erl und Hans Michelbach



Delegierte im Gespräch



Blick ins Plenum mit 1.R.v.r. Peter Götz, Elmar Forster, Toni Hintz

Bayerischer Mittelstandstag 2015 in Deggendorf

Klare Positionen für Mittelstand und Marktwirtschaft

Gerade jetzt: Bürger und Betriebe entlasten – damit der Staat die großen Herausforderungen heute und auch in Zukunft bestehen kann – das war die Hauptbotschaft des Bayerischen Mittelstandstags am 19. September 2015. Zur Landesversammlung der Mittelstands-Union in Deggendorf konnte MU-Vorsitzender Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, 300 hochrangige Teilnehmer und Gäste aus Wirtschaft und Politik begrüßen: „Die MU ist die einzige Stimme für Mittelstand, Mittelschicht und Marktwirtschaft direkt in der Politik – kein anderer Verband bietet so viele direkte Kontakte und Einflussmöglichkeiten.“

Gerade jetzt: Bürger und Betriebe entlasten!

Wie notwendig eine starke MU ist, zeigen gerade die aktuellen großen Herausforderungen: die Schuldenkrise in Griechenland ebenso wie vor allem auch die großen Wellen von Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten. Gerade deshalb – so die MU – müssen jetzt die entlastet werden, die diese Herausforderungen finanzieren müssen und die damit unseren Staat und die Gesellschaft tragen: Mittelstand und Mittelschicht. Denn kleine und mittlere Betriebe schaffen die weitaus meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze – und sie zahlen gemeinsam mit allen Leistungsträgern der Mittelschicht den Löwenanteil an Steuern und Abgaben. Deshalb gilt: Die Entlastung von Bürgern und Betrieben ist notwendig, um staatliche Leistungen auch in Zukunft sicherstellen zu können. Nur mit Entlastungen statt weiteren Belastungen können Mittelstand und Mittelschicht auch in Zukunft unsere Gesellschaft weiter finanzieren und damit sichern.



Mit Megafon für Bayern und den Mittelstand in Europa: Hans Michelbach und Manfred Weber



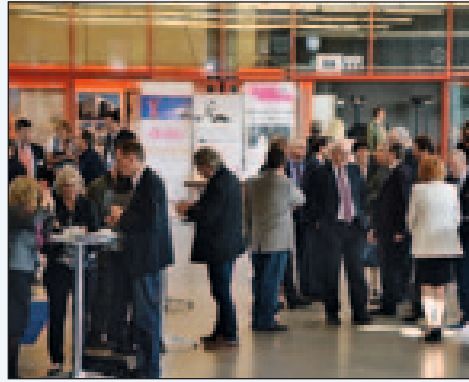
erdobler, Kathrin Albsteiger, Peter Erl und Markus Ferber, MdEP

Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft: Erwirtschaften vor Verteilen – Leistung muss sich lohnen!

Deshalb fordert die MU eine Belastungsbremse für Bürger und Betriebe. Das ist möglich und nötig – angesichts von Rekordeinnahmen des Staates an Steuern. In diesem Sinne entwarf MU-Vorsitzender Hans Michelbach in Deggendorf das „Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft: Erwirtschaften vor Verteilen – Leistung muss sich lohnen“. Mit diesem Leitantrag formuliert die MU ihre zentralen Positionen für die zweite Hälfte der Berliner Koalition – ersatzweise für ein neues Regierungsprogramm.

MIT-Bundesvorsitzender Dr. Carsten Linnemann, MdB, kritisierte in Deggendorf die leistungsfeindliche Haltung der SPD: „Hat die Berliner Koalition den Mittelstand vergessen?“. Der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei im Europaparlament, Manfred Weber, MdEP sprach zu den aktuellen Herausforderungen und zu grundsätzlichen Fragen der Europapolitik: „CSU-Politik in Europa – worauf es jetzt ankommt“. In einem Podiumsgespräch unter der Leitung von Cornelia Wohlhüter sprachen Manfred Weber, Niederbayerns MU-Vorsitzender Peter Erl, der Vizepräsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Karl-Heinz Moser und die Bamberger Unternehmerin und Stadträtin Anne Rudel über die konkreten Probleme und Erwartungen des Mittelstandes an die Politik.

Weitere Informationen und Eindrücke sowie alle Beschlüsse finden Sie auf www.mu-bayern.de



Begegnungen im Ausstellungsbereich



Boxen auch notfalls für den Mittelstand – Hans Michelbach und Carsten Linnemann



Deggendorfs Oberbürgermeister Christian Moser



Dreierspitze Carsten Linnemann, Hans Michelbach und Manfred Weber



Erste Gespräche bei der Akkreditierung



EVP-Fraktionschef Manfred Weber



Jutta Leitherer - MU-Vorsitzende von Unterfranken



Michael Böhlk-Lankes zur Erbschaftsteuerreform



1



2



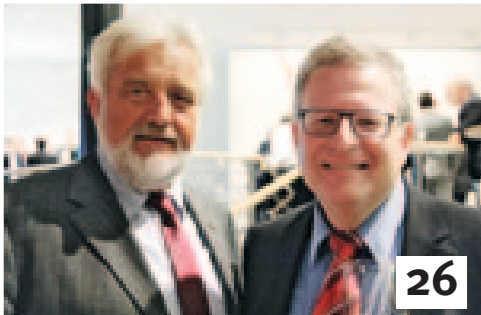
3



28



27



26



25



24



23



22



21



20



19

Verleihung des Mittelstandspreises am 7. September in Berlin

- 1 Jury-Vorsitzende Gitta Connemann, MdB, (v. links) und die Familie Mehler
- 2 MIT-Bundesvorstandsmitglieder Norbert Eyck und Matthias Heider, MdB, sowie MIT-NRW-Chef Hendrik Wüst MdL (v.l.n.r.)
- 3 Andreas Krautscheid, Vize-HGF beim Bankenverband, MIT-Vorstand Helmut Nowak, MdB, und CDU-MdB Georg Kippels (v.l.n.r.)
- 4 MIT-Chef Carsten Linnemann, MdB, mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, MdB, und MIT-Vizechef Hans Michelbach, MdB
- 5 Preisträgerin Gerad Hasselfeldt, MdB, mit Brigitte Kohl
- 6 Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Günter Kohl und Alexander Schaub (Abellio)
- 7 MIT-Chef Carsten Linnemann
- 8 (v.r.n.l.) CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder, CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt, Verkehrsminister Alexander Dobrindt, MIT-Vize Hans Michelbach
- 9 (v.l.) Jochen Leinert und Ehepaar Hengst
- 10 Die stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und Jury-Vorsitzende Gitta Connemann
- 11 Jury-Vorsitzende Gitta Connemann, Preisträger Ludwig und Paulus Mehler, Carsten Linnemann
- 12 Paulus und Ludwig Mehler, MIT-Chef Carsten Linnemann
- 13 Wirtschaftsminister a. D. Wolfgang Clement
- 14 Anke Löffler (Büro Carsten Linnemann) und eine Praktikantin
- 15 Wolfgang Clement, die Wirtschaftsweisen Prof. Christoph Schmidt und Prof. Lars Feld, MIT-Chef Carsten Linnemann



18



4



5



6

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) zeichnete CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt, den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die Tuchfabrik Gebrüder Mehler GmbH mit dem Deutschen Mittelstandspreis 2015 aus. Der in den drei Kategorien, Politik, Gesellschaft und Unternehmen ausgelobte Preis würdigt herausragendes und nachahmenswertes Engagement im Interesse der mittelständischen Wirtschaft.

16 Prof. Christoph Schmidt, Carsten Linnemann, Prof. Lars Feld

17 MIT-HGF Thorsten Alsleben, Allianz-Vorstandsbevollmächtigte Birgit Grundmann

18 MIT-Vizechefin Dorin Mützel-Brenncke und Hamburgs MIT-GF Thomas Klömmner

19 Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt

20 MdB Katrin Alsteiger, Peter Mair, MU-LGF Thomas Lemke, Ingrid Heut und Dr. Michael Heut (Büro Minister Schmidt)

21 Laudator Minister Alexander Dobrindt, Preisträgerin Gerda Hasselfeldt und MIT-Chef Carsten Linnemann

22 Gerda Hasselfeldt, Carsten Linnemann

23 (v.r.n.l.): CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder, CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt, Verkehrsminister Alexander Dobrindt, MIT-Vize Hans Michelbach

24 Carsten Linnemann, Wolfgang Clement, Prof. Christoph Schmidt, Birgit Grundmann, Gitta Connemann, Gerda Hasselfeldt, Alexander Dobrindt, Hans Michelbach, Prof. Lars Feld, Ludwig Mehler, Paulus Mehler

25 CDU/CSU-Fraktionsvize Gitta Connemann, MIT-HGF Thorsten Alsleben, MIT-Vorstandsmitglied Michael Darda

26 Gerd Albrecht, MIT-Chef in Thüringen, Frank Hartmann, MIT-Chef in Hessen

27 RCDS-Bundesgeschäftsführer Matthias Metzen, Anna Dietrich (Gesamtmetall), Johannes Jahreiss (Büro Michael Fuchs, MdB), Dorothee Stamm (Reclay)

28 Michael von Förster (HGF VdR), Alexander Schaub (Abelio), Ursula Brauner (MIT-Chefin Spandau)

Alle Fotos: Jördis Zähring



7



8



9



10



11



12



13



14



17



16



15

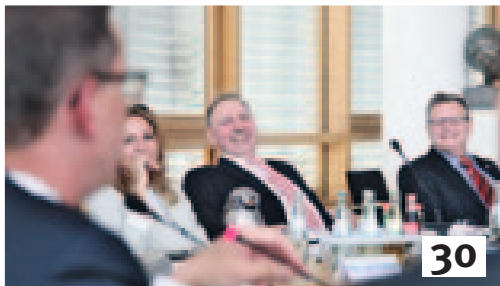
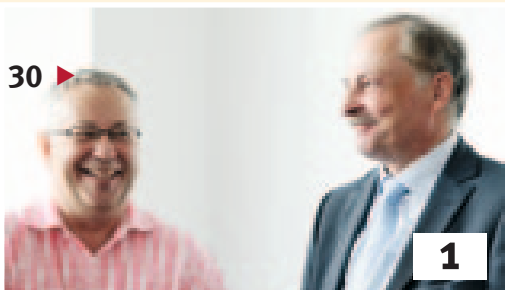
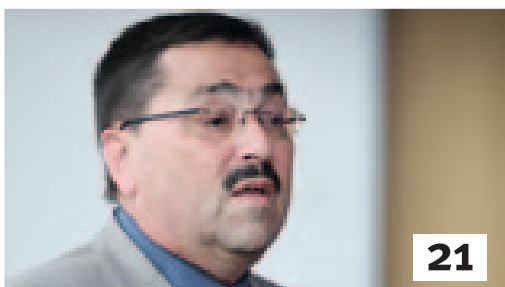
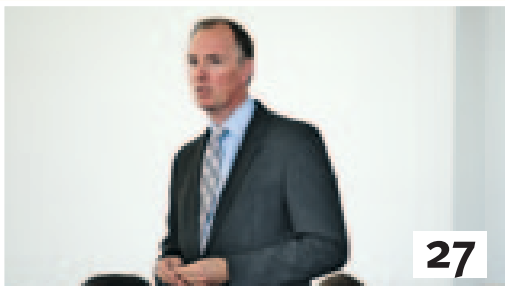


Foto-Impressionen vom MIT-Bundesvorstand Parteivorsitzenden und Angela Merkel am 7. in Berlin



- 1 Michael Piepenschneider, Klaus-Dieter Weber
- 2 Frank Hartmann, Matthias Klein
- 3 Blick durch die Reihen der Bundesvorstandsmitglieder in Richtung Bundeskanzlerin Merkel
- 4 Mike Mohring, Linnemann
- 5 Frank Hartmann, Jost
- 6 Gruppenfoto
- 7 Linnemann, Merkel, Dr. Hans Michelbach
- 8 Linnemann, Merkel
- 9 Hartmut Schauerte im Kreise der Bundesvorstandsmitglieder
- 10 Finanzstaatssekretär Jens Spahn
- 11 vlnr: Dr. Thomas Köster, Hendrik Wüst, Peter Rauen (Ehrenvorsitzender)
- 12 Thomas Schmatz
- 13 Marco Reuter
- 14 Dieter Bischoff, Astrid Jantz
- 15 Peter Götz





3



4



31

5



6



7

von der Sitzung des des mit der CDU- und Bundeskanzlerin September 2015



8



9



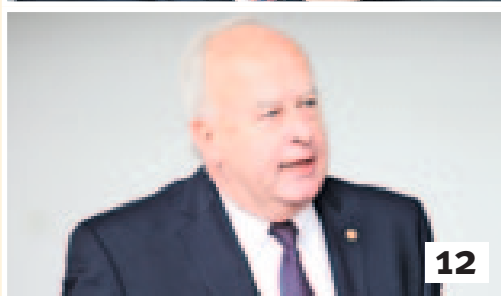
10



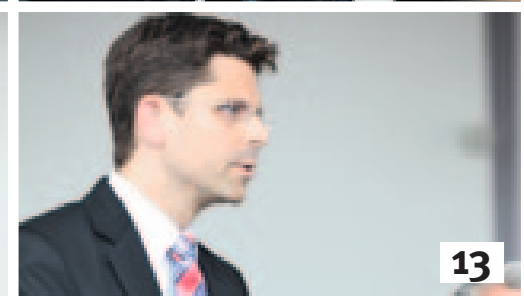
11

- 16 Christian Freiherr von Stetten
- 17 Wolfgang Leyendecker
- 18 Marie-Luise Dött
- 19 Jörg Hamel
- 20 Sebastian Schulte
- 21 Peter Erl
- 22 Dr. Thomas Köster
- 23 Alsleben, Linnemann, Köster
- 24 Astrid Jantz
- 25 Michael Darda
- 26 Hermann Hesse
- 27 Dr. Matthias Heider
- 28 David Novak
- 29 Frank Gotthardt
- 30 Dorin Müthel-Brenncke,
Wolfgang Leyendecker, Frank Hartmann
- 31 Blick in den CDU-Bundesvorstandsraum im
Konrad-Adenauer-Haus

Alle Fotos: Jördis Zähring



12



13



14



15



18



17



16

Ich bin in der MIT, weil ...

„... weil sie die führende Vertretung des Mittelstands in Deutschland ist. Wir bieten dem Mittelstand eine Finanzierungsalternative zu Banken und ich möchte unsere Zielgruppe mit ihren Bedürfnissen durch den Austausch in der MIT noch besser verstehen.“

Friedrich Hubel



Friedrich Hubel, Geschäftsführer von Lendico Deutschland, studierte Wirtschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Finanzierung

in Friedrichshafen, San Francisco und London. Nach beruflichen Stationen im Bereich Finanzdienstleistungen und beim Aufbau von Unternehmen, kennt er die Finanzierungssituation kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU). Jetzt will er den deutschen Mittelstand mit einer Geschäftsidee unterstützen, die den Zugang zur Finanzierung für KMU nachhaltig verbessert.

Lendico ist der erste Online-Marktplatz für Privat- und Unternehmenskredite. Als digitale und schnelle Alternative zu Banken bringt Lendico Kreditnehmer und Anleger direkt zusammen. Die Kreditvergabe erfolgt vollständig online, ohne Filialnetz und setzt auf modernste Technologie, um die Kosten zu reduzieren und die Handhabung für die Nutzer zu optimieren. Dadurch kann Lendico Unternehmen und Privatpersonen günstige Kredite und Anlegern attraktive Renditen anbieten.

Friedrich Hubel ist im August 2015 in die MIT Berlin-Pankow eingetreten.

„... ich als Leiter einer Non-Profit-Organisation weiß, dass soziale Verbesserungen nur mit durchdachter marktwirtschaftlicher Politik erreicht werden können. Dafür ist die MIT Garant.“

Christoph Waffenschmidt



Christoph Waffenschmidt wurde 1969 in Waldbröl geboren und nach Studium in Köln und Tätigkeiten im Bundestag und für den Fernsehse-

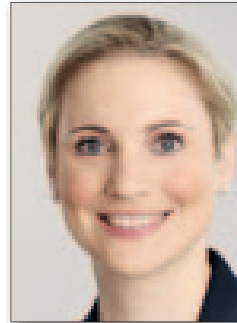
der Phoenix 1999 in seiner oberbergischen Heimatstadt zum jüngsten Bürgermeister von Nordrhein-Westfalen gewählt. 2004 erfolgte die Wiederwahl mit über 72% der Stimmen. Seit 2008 leitet er als Vorstandsvorsitzender World Vision Deutschland e.V., Teil des größten privaten Kinderhilfswerks der Welt. Sein Vater, Horst Waffenschmidt, war in der Regierung von Helmut Kohl Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Aussiedlerbeauftragter.

World Vision engagiert sich in 99 Ländern für Kinder, kümmert sich u.a. um ihre Gesundheit, zukunftsorientierte Bildung, Ernährung und sauberes Trinkwasser. Zwei besondere Engagements liegen im Schutz der Kinder unter 5 Jahren und der Unterstützung von syrischen Flüchtlingskindern im Nahen Osten. World Vision Deutschland wurde im Jahr 2014 in einer vom Beratungshaus Phineo durchgeführten Analyse für Spiegel online als "wirkungstransparenteste Spendenorganisation in Deutschland" bewertet.

Christoph Waffenschmidt ist im Juni 2015 in die MIT Berlin-Pankow eingetreten.

„... sie die Politik direkt mitgestaltet und sich so gezielt für die Interessen des Mittelstands einsetzt. Für uns als Unternehmen ist das unerlässlich.“

Dorothee Stamm



Dorothee Stamm studierte von 2001 bis 2007 Politische Wissenschaft sowie Europarecht in Bonn und Kopenhagen. Nach Stationen als Wissenschaftliche

Mitarbeiterin und Büroleiterin im Deutschen Bundestag ist sie seit 2012 als Leiterin Unternehmenskommunikation und Prokuristin für die Reclay Group tätig.

Die inhabergeführte Unternehmensgruppe wurde 2002 gegründet und ist mit 230 Mitarbeitern an weltweit 12 Standorten im Recycling-Sektor aktiv. Für Kunden aus Industrie, Handel und Gewerbe entwickelt die Reclay Group individuelle Rücknahme- und Verwertungssysteme für unterschiedliche Abfallarten wie Verpackungen, Elektronikaltgeräte, Batterien oder Altmedikamente und berät Regierungen beim Aufbau von Abfallsystemen. Ziel ist es, Wertstoffe so lange wie möglich in einem geschlossenen Kreislauf zu halten. Darüber hinaus steuert die Unternehmensgruppe die Aufbereitung und Verwertung von Rezyklaten und versorgt die Wirtschaft so mit wichtigen Sekundärrohstoffen.

Dorothee Stamm ist im September 2015 in die MIT Berlin-Mitte eingetreten.

NEUES VON DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Programm für Bundesmittelstandstag steht

Der Bundesmittelstandstag am 13./14. November in Dresden findet unter dem Motto „Deutschland kann mehr“ statt. Der Bundesvorstand hat in seiner letzten Sitzung die vorläufige Tagesordnung festgelegt. Danach finden die Wahlen des Vorsitzenden, der



Stellvertreter und des Schatzmeisters am Freitag statt, die Wahl der Beisitzer am Samstag. Der Auftritt von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist für Freitag, die Diskussion mit Kanzleramtsminister Peter Altmaier für Samstag geplant. Die Vorschläge des Bundesvorstands zur Satzungsänderung sollen am Freitag diskutiert werden, der Leitantrag „Deutschland kann mehr – Aufbruch in den Chancenstaat“ am Samstag. www.bundesmittelstandstag.de

MIT:FUTURA 2016 über Innovation

Unter dem Titel „Innovation Interaction“ setzt die MIT ihre Veranstaltungsreihe MIT:FUTURA fort. Nach der Startup-Interaction in diesem Jahr soll es Mitte 2016 um Innovationsthemen und die Herausforderungen der Digitalen Revolution gehen. Vertreter



aus Politik, Mittelstand, Konzernen, Gründerszene und Wissenschaft sollen sich über die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Gesellschaft austauschen. Als Veranstaltungsort ist erneut das „Umspannwerk“ am Berliner Alexanderplatz geplant. Ab sofort werden Gespräche mit möglichen Sponsoren und Kooperationspartnern geführt.

Neue Bundesgeschäftsstelle bezogen

Zur Begrüßung gab's eine MIT-Torte vom Makler. Am 28. August sind alle Mitarbeiter umgezogen. Beim Umzug hat das Berliner Team unter tatkräftiger Mitwirkung von Bundesvorstandsmitglied Horst Tarnawski mit angepackt. Sie finden uns von nun an in der Schadowstraße 3, 10117 Berlin.



Auch die Fundraising-Aktion für die neue Geschäftsstelle geht weiter: Wer 500 Euro oder mehr spendet, bekommt einen Baustein mit Namensprägung auf der „Unterstützer-Wand“ auf dem Weg zum Sitzungsraum.

Der Makler (Mitte) freut sich mit Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben und dem Bundesvorsitzendem Dr. Carsten Linnemann, MdB



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

05.10.2015, 17:00 Uhr

MIT Lörrach

„Deutschland am Scheideweg – wohin steuert unsere Wirtschaftspolitik?“

Rheinfelden

05.10.2015, 21:00 Uhr

Dialog Dollenberg

„Bürokratieabbau, Steuerreform und Co. – hat die Politik den Mittelstand vergessen?“

Bad Petersbach

07.10.2015, 12:30 Uhr

MIT Wolfenbüttel

„Wirtschaftspolitische Perspektiven für ein starkes Deutschland“

Wolfenbüttel

07.10.2015, 19:00 Uhr

MIT Soest

„Ordnungspolitik 2.0 – neue Impulse braucht das Land!“

Soest

10.10.2015, 10:00 Uhr

MIT Nordrhein-Westfalen

Landesmittelstandstag

Düsseldorf

14.10.2015, 19:00 Uhr

MIT Berlin,

Mittelstandskongress

Berlin

19.10.2015, 19:00 Uhr

MIT Gütersloh

„Wirtschaftspolitik in Deutschland – Antworten der MIT“

Rietberg

... und in den Medien

„Wird die EU in der Flüchtlingsfrage nicht schnell und sichtbar zum Teil der Lösung, so wird sie unweigerlich als Teil des Problems wahrgenommen.“

Carsten Linnemann, 6. September 2015, Welt am Sonntag

„In der Flüchtlingsdebatte brauchen wir auch eine Wahrhaftigkeitskultur. Wir müssen die Probleme offen ansprechen, um sie lösen zu können. Nur dann können wir es auch wirklich schaffen.“

Carsten Linnemann, 16.9., Handelsblatt

„Wir schaffen das“, sagt die Kanzlerin. „So aber nicht“, sagen die Praktiker.

Ein Erfahrungsbericht aus der Provinz

Eine Einwanderungs- und Flüchtlingswelle erschüttert Deutschland. Euphorische Willkommensstimmung, großartige Hilfsbereitschaft, vereinzelte Ablehnung – aber zunehmende Nachdenklichkeit darüber, wie es weitergeht. Das ehrenamtliche Betreuungspersonal, ganz unten vor Ort, fragt sich: Wie sollen wir das bloß schaffen? Hilfe von oben ist nicht in Sicht – Geld sowieso nicht.

6. Mai 2015: Aus der Tageszeitung erfahren wir, dass in das leerstehende Einfamilienhaus neben uns in Kürze sieben Flüchtlinge einziehen werden. Ein kleines Dorf in Schleswig-Holstein, eine Stichstraße mit sieben Einfamilienhäusern. Der Bürgermeister (CDU) ist nicht zu sprechen und hat sich bis heute nicht blicken lassen. „Willkommenskultur“ - Fehlanzeige!

ab Mitte Juni: Sechs junge Männer aus Eritrea ziehen in das mittlerweile von Behörden aufwändig renovierte und möblierte Haus ein, ein Siebter stößt später hinzu.

Meine Frau und ich schließen uns einem „Freundeskreis Flüchtlingshilfe“ an und laden unsere afrikanischen Gäste zu einem Barbecue ein.

Dann geht's los: Es klingelt täglich mehrfach an der Haustür: Wie bedient man Herd und Backofen, wie die Spülmaschine, keine Töpfe für den Induktionsherd, wie trennt man den Müll, Hilfe beim Einkaufen? Nächster Supermarkt fünf Kilometer entfernt, ÖPNV mangelhaft. Dann Zahnschmerzen, Gliederschmerzen, Traumata. Es folgen Arzt- und Behördenbesuche im Nachbarort und in den 20 bis 30 Kilometer entfernten Verwaltungszentren.

Deutschunterricht im Haus: An fünf Tagen in der Woche je zwei Stunden, ehrenamtliche Lehrkräfte stellen sich zur Verfügung, besorgen Schreib-, Lehr- und Lernmaterial, eine Tafel. Andere beschaffen gebrauchte Fahrräder und reparieren sie. Erste Fahrradtouren nach Lehrstunden. Frage ans Amt: Gibt es eine Haftpflichtversicherung? Antwort:

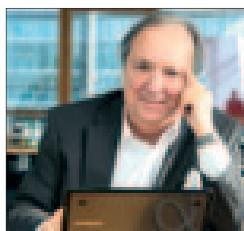
Nein. Auf eigene Gefahr! Verkehrszeichen lernen. Erste Stürze, Krankenbehandlung. Dazwischen immer wieder Einkaufsfahrten: Mengen von Wasser und Mehl, Spaghetti, Kartoffeln und Hygieneartikel. Preisbewusstsein aufbauen, Gemüse auswiegen, Pfandflaschen abgeben. Freitags Gemüse und Obst abholen bei der „Tafel“ der AWO. Ab und an gemeinsame Essen mit den Nachbarn.

Fahrten zum Schwimmen, Sport mit Jugendlichen im Dorf, Besuch von dörflichen Grillfesten, kleinere Veranstaltungen, Karl-May-Festspiele in Segeberg. Alles von privat organisiert und bezahlt. Überall freundliche, herzliche Aufnahme. Sonntags oftmals Gottesdienstbesuch in der Dorfkirche.

Fernseher besorgen, Handy-Karten, Smartphones beschaffen, WiFi-Anschluss für den Kontakt nach Hause. Immer wieder Behörden-Termine, Arztbesuche, Ausflüge, Ablenkung – Fahrdienste ohne Ende.

Die jungen Flüchtlinge sind höflich und dankbar und geben ihren Helfern eine ganze Menge an Gesten und persönlicher Zuneigung für die gewährte Hilfe zurück. Mittlerweile sind wir etwa ein Dutzend Betreuer. Wir Betreuer stehen zu unseren Flüchtlingen, die sich nichts sehnlicher wünschen als den Zuzug ihrer Frauen und Kinder.

Von den Behörden erhalten wir keinerlei Unterstützung. Niemand aus dem Helferkreis beklagt sich zurzeit, alle sind mit Enthusiasmus dabei. Aber wie lange noch? Zwischen dem praxisfernen Berliner Appell „Wir schaffen das!“ und der Wirklichkeit vor Ort klaffen Welten. Im Ausland mag das Ansehen Deutschlands steigen, im Inneren aber geht mal wieder ein Stück Glaubwürdigkeit zu Bruch.



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Schadowstraße 13, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mit-magazin.de

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Florian Beckert
Telefon: 0 30/22 07 98-17, Telefax: 22 07 98-19
E-Mail: beckert@mit-bund.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titel-Karikatur:
Jürgen Tomicek


Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

 **Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)**



Ein Land am Rande Europas zwischen Niedergang und Aufbruch

5 Tage Fakten-Check in Athen: Sechs Jahre dauert nun die Agonie der griechischen Wirtschaft. Nicht nur Griechenland selbst hat in dieser Zeit „bluten“ müssen. Auch die Länder der Eurozone haben große Opfer gebracht, um das Land am südlichen Rand Europas nicht dem Niedergang zu überlassen. Wie steht Griechenland heute da? Wie ist die aktuelle Stimmungslage in Wirtschaft und Gesellschaft? Unsere Informationsreise gewährt tiefe Einblicke. Bei Betriebsbesuchen und Gesprächen mit Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft können Sie sich selbst ein realistisches Bild machen. Und natürlich lernen Sie auch die touristischen Highlights der Hauptstadt Athen kennen.

Reiseprogramm

Samstag, 12. März 2016: Flug von Deutschland via Frankfurt nach Athen. Dort erwartet Sie bereits die örtliche, deutschsprachige Reiseleitung und begleitet Sie zum Check-In im Hotel. Am Abend Welcome-Dinner im Hotel.

Sonntag, 13. März 2016: Bei einer Stadtrundfahrt durch Athen sehen Sie u.a. das Syntagma (Bundestag), das Olympische Stadion und natürlich das weltbekannte Wahrzeichen Athens, die Akropolis mit den bedeutenden Bauwerken der Antike. Danach bleibt noch Zeit für einen Spaziergang durch die Gassen der Athener Altstadt. Dort nehmen Sie auch einen typischen griechischen Mittags-Snack ein. Anschließend ist ein Gespräch in der Handelskammer geplant. Am Abend besuchen Sie eine Taverne, wo Sie ein landestypisches Mezze-Menü einnehmen werden.

Montag, 14. März 2016: Heute gehen Sie auf Entdeckungstour durch die Innenstadt und die Altstadt. Die Route führt bis zum Akropolis Museum und zum Restaurant Aegli Zappiou, wo Sie Ihren Mittags-Snack einnehmen. Danach ist ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Botschaft geplant. Anschließend Rückkehr zum Hotel. Abendessen im bekannten Fischrestaurant Varouko.

Dienstag, 15. März 2016: Heute besuchen Sie zwei Produktionsbetriebe (eventuell Triumph, und die Firma BSH, die Hausgeräte für Bosch & Siemens herstellt). Sie erhalten Informationen über die wirtschaftliche Situation in Griechenland. Weiterhin ist ein Gespräch mit Ver-



tretern der Konrad-Adenauer-Stiftung geplant. Nach dem Mittagessen unterwegs in einem Restaurant kehren Sie zurück zum Hotel. Am Abend Transfer zum Restaurant Dionysos, unterhalb der Akropolis gelegen. Bei einem Abschiedsabendessen haben Sie noch einmal Gelegenheit zum Gedankenaustausch.

Mittwoch, 16. März 2016: Bis zur Abfahrt des Busses steht die Zeit zur freien Verfügung. Transfer zum Flughafen und Rückflug via Frankfurt zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise.

Reiseveranstalter

TerraGlobalis

Travel, Incentives, Meetings & Events GmbH
Kunigundastraße 12 • 45131 Essen

Telefon: 02 01/749 115 60
Telefax: 02 01/877 68 07
E-Mail: tg@terraglobalis.de
Web: www.terraglobalis.de



Im Preis enthaltene Leistungen:

- ✓ Flüge Deutschland*–Athen–Deutschland jeweils via Frankfurt mit der Lufthansa in der Economy-Class
 - ✓ Steuern, Gebühren und Luftverkehrssteuer von z.Zt. EUR 116,- (Stand 08/15; evtl. Erhöhungen werden nachberechnet)
 - ✓ Transfers Flughafen–Hotel–Flughafen
 - ✓ 4 Übernachtungen im Hotel Divani Palace Acropolis im Standard-Doppelzimmer mit Bad/DU, WC
 - ✓ Täglich Frühstücksbuffet im Hotel
 - ✓ 3x Mittags-Snacks in örtlichen Restaurants
 - ✓ 3x Abendessen
 - ✓ Abschieds-Dinner in einem Restaurant
 - ✓ Klimatisierter Touristenbus zum Programm
 - ✓ Deutschsprachige Reiseleitung
 - ✓ Besichtigungen laut Programm
 - ✓ Gespräche mit Vertretern der Handelskammer und der Deutschen Botschaft (vorgesehen)
 - ✓ Gespräch mit Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung (vorgesehen)
 - ✓ Besichtigung von zwei Produktionsstätten
 - ✓ Insolvenz-Versicherung
 - ✓ Reiseheft mit allen wichtigen Informationen zur Reise
- *= Anschlussflüge von fast allen großen deutschen Flughäfen via Frankfurt

Reisepreise (ab/bis Frankfurt):

EUR 1.495,-

pro Person im Doppelzimmer (bei Zweierbelegung)
EUR 310,- Einzelzimmer-Zuschlag

Wir empfehlen eine Reiserücktrittskostenversicherung oder ein Komplettschutz-Paket.

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen, die bis zum 10.12.2015 erreicht sein muss.

Hotel Divani Palace Acropolis****
(www.divaniacropolis.com)

Lage: Das Hotel liegt direkt an der weltberühmten Akropolis, der perfekte Ort, um Athens faszinierende Geschichte zu genießen.

Einrichtung: Lobby mit Rezeption, Lift, Restaurant, Bar, Roof Garden Bar und Restaurant, Swimmingpool

Zimmer: Alle 250 Zimmer sind elegant eingerichtet und verfügen über Bad/DU, WC, Haarföhn, Klimaanlage, TV Flachbildschirm, Minibar, Mietsafe, WiFi und Balkon.

Preis-, Programm- und Terminänderung vorbehalten.



Reiseziel: **Griechenland**

Termin: **12.–16. März 2016**

Reisepreis im DZ* pro Person: EUR 1.495,-
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 310,-
(* = Doppelzimmer bei Zweierbelegung)

Zuschlag für Anschlussflüge pro Person: EUR 40,-
(Anschlussflüge von fast allen deutschen großen Flughäfen via Frankfurt.)

Reisenummer TG-16-006-GR

- Bitte senden Sie mir das detaillierte Programm zur Reise vorab.
- Ich bin an zusätzlichen Reiseversicherungen interessiert. Bitte senden Sie mir detaillierte Informationen.

Jetzt informieren
oder gleich buchen!

Bitte in Druckschrift ausfüllen und per Post oder Fax an TerraGlobalis, Kunigundastraße 12, 45131 Essen senden.

Name, Vorname (Anmeldende/r)

Straße:

PLZ und Ort:

Telefon:

Es gelten die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters TerraGlobalis GmbH. Diese sind auf www.terraglobalis.de einsehbar oder auf Wunsch über den Postweg zu erhalten.

JA, ich möchte mit folgenden Personen an der Griechenland-Reise teilnehmen.

Name, Vorname (Teilnehmer 1)

Name, Vorname (Teilnehmer 2)

gewünschter Flughafen (Bitte beachten Sie eventuelle Zuschläge)

Gewünschte Leistungen

Bitte ankreuzen: DZ = Doppelzimmer (bei Zweierbelegung) oder EZ = Einzelzimmer

Teilnehmer 1 DZ EZ Teilnehmer 2 DZ EZ

Datum, Unterschrift



Einfach,
online und
mobil mit
lexoffice

Alles Wichtige mach' ich selbst!

LEXWARE

Einfach machen

Erst recht, wenn es um meine Finanzen geht.

Rechnungen, Aufträge, Zahlungen oder Kassenbuch: Mit lexoffice machen Sie Ihre gesamte Buchhaltung einfach online. So behalten Sie mit einem Klick alle Geschäftszahlen auch mobil immer im Blick. Schon ab 4,90 EUR im Monat. **Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!** www.lexware.de